

Freie Hansestadt Bremen



Der Senator für
Wirtschaft und Häfen



ZIEL 2 (2000 - 2006)

Jährlicher Durchführungsbericht
für das Jahr 2003

Europäischer Fonds für regionale Entwicklung (EFRE)

CCI: 2000 DE 16 2 DO 009

K(2001) 774

Bremen, Juni 2004

Der Senator für Wirtschaft und Häfen der Freien Hansestadt Bremen
Zweite Schlachtpforte 3
D-28195 Bremen

Jörg Peters
T.: ++49 421 361-8801
Fax: ++49 421 361-8810
Joerg.Peters@wuh.bremen.de

Thomas Schwender
T.: ++49 421 361-2574
Fax: ++49 421 361-8810
Thomas.Schwender@wuh.bremen.de

Ulrike Krumsee-Budde
T.: ++49 421 361-8443
Fax: ++49 421 361-8810
Ulrike.Krumsee-Budde@wuh.bremen.de

Inhalt	Seite
Einleitung	1
A. Programmkontext	3
A.1 Sozioökonomische Entwicklungen	3
A.2 Kohärenz der einzelnen Fonds untereinander sowie mit den Interventionen der sonstigen Finanzinstrumente (insbes. Integration mit Ziel 3)	11
B. Stand der Durchführung der einzelnen Schwerpunkte und Maßnahmen	14
B.1 Beschreibung der Maßnahmen und Projekte inklusive Analyse der Indikatoren sowie Vergleich der erreichten Ergebnisse mit der Ex-ante Evaluierung	14
B.2 Beschreibung der Operationen unter Artikel 28 (3) der Verordnung (EG) Nr. 1260/1999	36
B.3 Realisierung der Ziele der Querschnittsthemen	36
C. Stand der finanziellen Abwicklung	40
C.1 Finanzielle Abwicklung mit besonderer Bezugnahme auf die vereinbarten finanziellen Indikatoren und ihre Umsetzung	41
C.2 Übersicht über die von der Zahlstelle tatsächlich bescheinigten Ausgaben und die von der KOM empfangenen Zahlungen nach Maßnahmen	42
C.3 Vergleich der Vorausschätzungen der Zahlungsanträge mit dem tatsächlichen Mittelabfluss	42
D. Abwicklung und Begleitung des Programms, Sicherung der Qualität und Effizienz	43
D.1 Beschreibung des Begleitsystems, der Bewertung und Finanzkontrolle einschl. der Vorkehrungen für die Datenerfassung (kurzer Sachstandsbericht einschl. Angaben zur Partnerschaft sowie zur Tätigkeit des Begleitausschusses)	43
D.2 Probleme und Lösungen bei der Begleitung und Verwaltung der Intervention	46
D.3 Unregelmäßigkeiten	46
D.4 Inanspruchnahme der Technischen Hilfe	47
D.5 Programmanpassungen	48
D.6 Indikatoren zur Zuweisung der leistungsgebundenen Reserve	48
D.7 Beschreibung der Maßnahmen zur Gewährleistung der Information und Publizität	48
E. Beschreibung der Maßnahmen zur Gewährleistung der Einhaltung der anderen Gemeinschaftspolitiken einschl. Angaben zum integrierten Einsatz der Fonds	50
F. Stand der Durchführung und der finanziellen Abwicklung von Großprojekten	51
Anlage 1: Finanztabelle für den jährlichen Durchführungsbericht	52
Anlage 2: Finanztabelle Mittelbindung und Auszahlungsstand	53

Einleitung

Gemäß Artikel 37 der Verordnung (EG) Nr. 1260/1999 wird hiermit der Jährliche Durchführungsbericht für das Jahr 2003 für das Ziel-2-Programm 2000 – 2006 des Landes Bremen vorgelegt.

Mit Entscheidung der Kommission K (2000) 310 vom 9. Februar 2000 wurden Teile der Stadt Bremen mit rund 217.000 Einwohnern und die Stadt Bremerhaven mit rund 127.000 Einwohnern als Fördergebiete nach dem Ziel 2 der Strukturfonds gemäß Artikel 4 Verordnung (EG) Nr. 1260/1999 für den Zeitraum vom 01.01.2000 bis 31.12.2006 anerkannt.

Mit Entscheidung K (2001) 774 vom 22. März 2001 genehmigte die Europäische Kommission das Bremer Ziel-2-Programm. Das Bremer Ziel-2-Programm 2000 – 2006 wurde als „Monofonds-Programm“ konzipiert, d.h., es wird allein aus dem Europäischen Fonds für regionale Entwicklung (EFRE) mit 113.034.000 Euro finanziert. Inklusive Komplementärfinanzierung sind insgesamt öffentliche Ausgaben in Höhe von 226.068.000 Euro vorgesehen.

Trotz der Konzipierung als Monofonds-Programm ist eine enge Abstimmung mit der Arbeitsmarktpolitik des Landes Bremen gewährleistet. 18 % des gesamten Mittelvolumens werden durch den Senator für Arbeit, Frauen, Gesundheit, Jugend und Soziales verwaltet und dienen der investiven Unterstützung arbeitsmarktpolitischer Maßnahmen (siehe ausführlicher A.2).

Gleichzeitig erfolgt über die ESF-finanzierte Ziel-3-Förderung eine entsprechende arbeitsmarktpolitische Flankierung der im Rahmen des Ziel-2-Programms festgelegten regionalwirtschaftlichen Prioritäten.

Der Beginn der Förderfähigkeit der Ausgaben wurde auf den 1. Januar 2000 festgelegt, bis zum 31.12.2008 können Ausgaben getätigt werden.

Am 19.06.2002 wurde das Ziel-2-Programm mit Entscheidung K (2002) 1656 geändert: eine weitere Beihilferegelung wurde für das Programm aufgenommen (s. E).

Nach Beschlussfassung im Regionalen Begleitausschuss wurde im November 2003 die Einstellung der Leistungsgebundenen Reserve in Höhe von 4.928.000 € für Schwerpunkt 3 und 4 beantragt. Zuzüglich der nationalen Kofinanzierung erhöht sich das Programmvolumen damit um 9.856.000 € auf 235.924.000 €. Der Antrag wurde im März 2004 noch einmal überarbeitet, die Leistungsgebundene Reserve ist nur noch für Schwerpunkt 3 vorgesehen, da die Kommission einem Zuschlag für Schwerpunkt 4 nicht zugestimmt hat.

Gleichzeitig erfolgten Umschichtungen in den Schwerpunkten 2 und 4. Diese Umschichtungen sind zwar textlich erwähnt, finden sich aber für das Jahr 2003 noch nicht in den Zahlen wieder.

A. Programmkontext

A 1. Sozioökonomische Entwicklungen

Ein Vergleich der aktuellen Wirtschafts- und Beschäftigungsentwicklung Bremens am aktuellen Rand mit der Entwicklung der 90er Jahre zeigt zweierlei: Einerseits haben gerade die 90er Jahre und hier insbesondere deren erste Hälfte zu erheblichen Strukturbrüchen der bremischen Wirtschaft geführt, zu deren Kompensation das Land auch langfristig noch auf Strukturhilfen angewiesen sein wird. Andererseits deuten die jüngsten Entwicklungen an, dass die strukturpolitischen Maßnahmen des Landes Bremen anfangen zu greifen und die bremische Wirtschaft sich insgesamt resistenter gegen den konjunkturellen Abwärtstrend zeigt. Allerdings führte in 2003 die bundesweite Rezession in der Wirtschaft des kleinsten Bundeslandes zu erheblichen Schwierigkeiten.

Im Land Bremen sank im Jahr 2003 das Bruttoinlandprodukt real um $-0,7\%$ gegenüber dem Jahr 2002. Bremens Wirtschaftswachstum blieb damit erstmals seit drei Jahren wieder hinter dem Bund zurück ($-0,1\%$), nachdem es in den Jahren 2000 bis 2002 jeweils ca. einen halben Prozentpunkt über dem Durchschnitt der westlichen Bundesländer gelegen hatte (Tabelle 1).

Trotz dieses aktuell schlechten Ergebnisses hält Bremen seit Mitte der 90er Jahre Anschluss an die bundesweite Wachstumsentwicklung. Der rezessionsbedingte Rückgang der wirtschaftlichen Gesamtleistung im Jahr 2003 war vor allem einer Exportschwäche der bremischen Industrie geschuldet. Dies zeigt einmal mehr Bremens weitere Angewiesenheit auf einen durchgreifenden Strukturwandel, der insbesondere zu einer Stärkung der Dienstleistungen führen muss.

Tabelle 1: Veränderung des realen Bruttoinlandsprodukts (BIP) und der Zahl der Erwerbstätigen nach Bundesländern 2003 / 2002

Land	Veränderung zum Vorjahr (%)			
	BIP (real)	Rang	Erwerbstätige	Rang
Baden-Württemberg	-0,1	8	-0,6	4
Bayern	0,1	5	-0,8	7
Berlin	-0,6	12	-2,0	14
Brandenburg	-0,7	14	-1,9	13
Bremen	-0,7	13	-0,5	3
Hamburg	-0,5	10	-1,1	8
Hessen	-0,1	7	-1,3	11
Mecklenburg-Vorpommern	-1,7	16	-2,4	16
Niedersachsen	0,2	4	-0,4	1
Nordrhein-Westfalen	-0,4	9	-1,1	9
Rheinland-Pfalz	0,1	6	-0,7	5
Saarland	-1,0	15	-0,4	2
Sachsen	1,5	1	-0,7	6
Sachsen-Anhalt	0,5	3	-1,9	12
Schleswig-Holstein	-0,6	11	-1,2	10
Thüringen	0,9	2	-2,3	15
alte Bundesländer (ohne Berlin)	-0,2		-0,8	
Deutschland	-0,1		-1,0	

Quelle: Statistisches Landesamt Bremen, Vorläufige Berechnungen des AK „Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung der Länder“ und des AK „Erwerbstätigenrechnung des Bundes und der Länder“

Im Land Bremen gingen zwischen 1995 und 1999 etwa 9.500 Arbeitsplätze verloren. Dies waren etwa 2,5% aller Arbeitsplätze. Nach Wirtschaftsabteilungen war der Beschäftigungsrückgang in diesem Zeitraum am deutlichsten im Verarbeitenden Gewerbe ausgeprägt (rd. -9.600 oder fast -12%), während Beschäftigungsgewinne bei den Dienstleistungen (+3.500) zu verzeichnen waren. Innerhalb der Dienstleistungen gab es einen Arbeitsplatzabbau bei den Verkehrsdienstleistungen, dem stand jedoch eine starke Expansion der Unternehmensdienstleistungen mit ca. 7.500 zusätzlichen Arbeitsplätzen gegenüber. Gleichwohl konnten die Beschäftigungsgewinne in den Dienstleistungsbereichen die Verluste im verarbeitenden Gewerbe in der zweiten Hälfte der 90er Jahre nicht kompensieren.

Dieser Trend fast alljährlich sinkender Erwerbstätigenzahlen wurde erstmals im Jahre 2000 durch einen kräftigen Beschäftigungsanstieg von 7.600 Erwerbstätigen (+2,0 %) durchbrochen. Auch im Jahr 2001 hielt diese positive Entwicklung mit einem Zuwachs von 2.000 Arbeitsplätzen an (+0,8 %). Im Vergleich dazu stieg die Beschäftigung in Deutschland um 0,4 %.

Das insgesamt abgeschwächte Wirtschaftswachstum der Jahre 2002 und 2003 reichte allerdings nicht mehr aus, den Beschäftigungsanstieg der letzten Jahre fortzusetzen. Nach den vorläufigen Ergebnissen der Erwerbstätigenrechnung ging in 2003 die jahresdurchschnittliche Zahl der Erwerbstätigen bundesweit sowie in den zehn westlichen Bundesländern um 1,0 % bzw. 0,8 % zurück (Tabelle 1). Das Land Bremen (-0,5 %) hatte wie im Vorjahr einen etwas moderateren Beschäftigungsrückgang zu verzeichnen und ordnete sich auf Rang drei ein.

Die leicht rückläufige Beschäftigungsentwicklung geht mit einem fortgesetzten Strukturwandel einher, der durch eine weitere Stärkung des Dienstleistungssektors im engeren Sinn und anhaltende Verluste des Produzierenden Gewerbes, aber auch der traditionellen Dienstleistungsbereiche gekennzeichnet ist (Tabelle 2). Dabei unterstreicht die Entwicklung der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung von Juni 2002 bis Juni 2003 den vergleichsweise moderaten Beschäftigungsrückgang im Land Bremen. Der Rückgang um 4.127 sozialversicherungspflichtige Beschäftigungsverhältnisse im Land Bremen resultierte aus dem Verlust von insgesamt 5.500 Arbeitsplätzen im Verarbeitenden Gewerbe, im Baugewerbe, im Handel und im Kredit- und Versicherungsgewerbe sowie der Personalreduzierung in der öffentlichen Verwaltung. Dem standen 1.440 zusätzliche Arbeitsplätze bei den Unternehmensdienstleistungen, im Gesundheits- und Sozialwesen und in den Bereichen Erziehung/Unterricht und sonstige Dienstleistungen gegenüber (Tabelle 2).

Mit dem Verlust von 2.200 industriellen Arbeitsplätzen büßte das Verarbeitende Gewerbe (-3,2 %) die konjunkturstützende Wirkung der letzten Jahre ein (westliches Bundesgebiet: -3,1 %).

Die Schrumpfung des Baugewerbes setzte sich mit dem Abbau von weiteren 1.365 Arbeitsplätzen unvermindert kräftig fort (Bremen: -8,9 %, westliches Bundesgebiet: -6,5 %). Als positives strukturpolitisches Signal ist der gegen den Bundestrend erzielte Zuwachs von über 500 Unternehmensdienstleistungsarbeitsplätzen zu werten (Bremen: 1,4 %, westliches Bundesgebiet: -0,4 %). Dem steht allerdings ein Verlust von 500 Arbeitsplätzen und ein fortschreitender Bedeutungsverlust des bremischen Kredit- und Versicherungsgewerbes gegenüber (Bremen: -4,8 %, westliches Bundesgebiet: -2,1 %). Das Gastgewerbe büßt in Bremen wie in Westdeutschland ca. 3,5 % der Beschäftigten ein.

Die bremische Wirtschaftsstruktur weist nach wie vor einen überdurchschnittlich hohen Anteil des Produzierenden Gewerbes und ein Defizit im zusammengefassten Bereich Unternehmensdienstleistungen/Kredit und Versicherung auf.

Tabelle 2: Sektorale Beschäftigungsentwicklung im Land Bremen

Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte im Land Bremen		
Wirtschaftsabschnitt	JD 2003	2002/2003
Landwirtschaft, Fischerei	924	-2,3 %
Energie- und Wasserversorgung / Steine und Erden	1 536	-1,0 %
Verarbeitendes Gewerbe	65 666	-3,2 %
Baugewerbe	13 970	-8,9 %
Handel, Kfz-Instandhaltung und –Reparatur	41 531	-2,0 %
Gastgewerbe	6 711	-3,6 %
Verkehr u. Nachrichtenübermittlung	30 061	-0,1 %
Kredit- u. Versicherungsgewerbe	9 929	-4,8 %
Unternehmensdienstleistungen	37 027	1,4 %
Öffentliche Verwaltung	11 928	-2,8 %
Erziehung und Unterricht	11 351	2,7 %
Gesundheits- und Sozialwesen	32 133	1,4 %
Sonstige Dienstleistungen, private Haushalte	17 741	1,0 %
Gesamtwirtschaft	280 526	-1,4 %

Quelle: Statistisches Landesamt Bremen, Bundesagentur für Arbeit

Neben den quantitativen Aspekten ist in einer Langfristbetrachtung von besonderer Bedeutung, dass es bei der bremischen Beschäftigung aufgrund der Expansion der unternehmensnahen Dienstleistungen zu einer Angleichung an das sektorale Entwicklungsmuster der bundesweiten Erwerbstätigenentwicklung kommt.

Bei einer differenzierten Betrachtung der Beschäftigungsentwicklung nach Männern und Frauen zeigt sich, dass der Anteil der Frauenbeschäftigung an der Gesamtbeschäftigung über den gesamten Zeitraum der 90er Jahre bis an den aktuellen Rand stetig gestiegen ist. Gleichzeitig verringerte sich der Anteil der männlichen Beschäftigten. Tabelle 3 gibt einen Überblick über die Entwicklung der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung von Frauen in Bremen.

Tabelle 3: Sozialversicherungspflichtig beschäftigte Frauen

Jahr*	Land Bremen		Stadt Bremen		Stadt Bremerhaven	
	Insgesamt	In % aller	Insgesamt	In % aller	Insgesamt	In % aller
1991	123.329	39,6	100.683	39,2	22.276	41,5
1995	121.044	41,2	99.798	40,8	21.246	43,5
2002	120.451	42,3	100.661	41,8	19.790	44,9
2003	119.755	42,7	100.226	42,2	19.529	45,3

*Jeweils am 30.06. d.J.

Quelle: Statistisches Landesamt Bremen, ANBA (Amtliche Nachrichten der Bundesanstalt für Arbeit), Senator für Arbeit, Frauen, Gesundheit, Jugend und Soziales

Allerdings handelt es sich lediglich um einen relativen Beschäftigungszuwachs bei den Frauen. Absolut ist die sozialversicherungspflichtige Beschäftigung von Frauen im Land Bremen im Zeitraum von 1991 – 2003 um rund 3.500 zurückgegangen. Gleichzeitig ist die Zahl der sozialversicherungspflichtig teilzeitbeschäftigten Frauen in beiden Städten des Landes gestiegen, wodurch sich der Anteil der teilzeitbeschäftigten Frauen an allen sozialversicherungspflichtig beschäftigten Frauen recht deutlich um über sechs %-Punkte erhöhte, das heißt, der relative Beschäftigungszuwachs bei den Frauen ist in Bremen in besonderer Weise auf eine Zunahme der Teilzeitbeschäftigung zurückzuführen. Tabelle 4 zeigt diese Entwicklung auf.

Tabelle 4: Sozialversicherungspflichtig teilzeitbeschäftigte Frauen

Jahr*	Land Bremen		Stadt Bremen		Stadt Bremerhaven	
	Insgesamt	In % aller	Insgesamt	In % aller	Insgesamt	In % aller
1991	35.359	28,7	29.023	28,8	6.336	28,4
1995	36.479	30,1	29.988	30,0	6.491	30,6
2001	39.753	32,9	33.334	33,1	6.419	32,0
2002	40.633	33,7	34.131	33,9	6.502	32,9
2003	41.703	34,8	35.156	35,1	6.547	33,5

*Jeweils am 30.06. d.J.

Quelle: Statistisches Landesamt Bremen, ANBA (Amtliche Nachrichten der Bundesanstalt für Arbeit), Senator für Arbeit, Frauen, Gesundheit, Jugend und Soziales

Die Arbeitslosigkeit im Land Bremen nahm in 2003 gegenüber dem Vorjahr um 4,6 % zu (Deutschland: +7,8 %), die Arbeitslosenquote¹ lag mit jahresdurchschnittlich 14,4 % (Deutschland: 11,6 %) weiterhin deutlich über dem Bundesdurchschnitt (Tabelle 5). Damit waren im Land Bremen im Jahresdurchschnitt 2003 über 42.415 Menschen arbeitslos gemeldet. Nach wie vor ist die Situation insbesondere in Bremerhaven mit einer Arbeitslosenquote von 19,4 % besonders negativ.

Tabelle 5: Arbeitslosigkeit im Land Bremen und Deutschland 2003

	Land Bremen	Stadt Bremen	Stadt Bremerhaven	Deutschland
Insgesamt	42.415	32.368	10.047	4.376.027
Männer	26.257	19.784	6.473	2.445.843
Frauen	16.158	12.584	3.574	1.930.184
Veränderung gegenüber Vorjahr				
Insgesamt	1.883	1.490	393	315.710
in %	4,6	4,8	4,1	7,8
Arbeitslosenquoten				
alle zivilen Erwerbspersonen	13,2	12,2	18,0	10,5
abhängige zivile Erwerbspersonen	14,4	13,3	19,4	11,6
darunter Männer	16,8	15,4	23,1	12,4
darunter Frauen	11,7	11,0	15,0	10,8

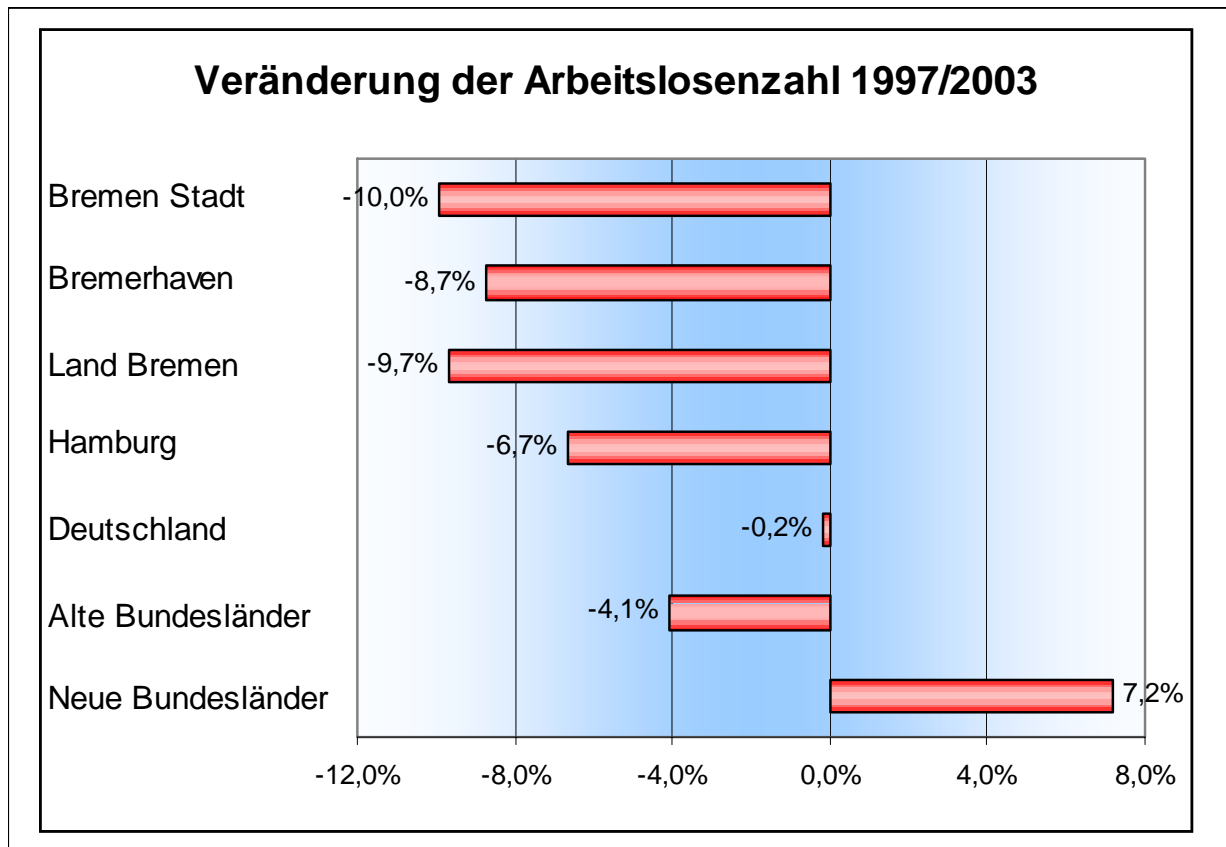
Quelle: Der Senator für Arbeit, Frauen, Gesundheit, Jugend und Soziales, Bundesanstalt für Arbeit, eigene Berechnungen

Die Arbeitslosenquote im Land Bremen stieg von 1991 bis 1997 stetig auf 16,8 % an und koppelte sich damit von der gesamtdeutschen Entwicklung ab. Ein besonders starker Anstieg war dabei zwischen 1995 und 1997 (von 14,0 auf 16,8 %) zu verzeichnen. Die dauerhaft überdurchschnittliche Arbeitslosigkeit ist u.a. Folge des Rückgangs der Industriebeschäftigung. Hier spielt der Rückgang der Beschäftigten im Schiffbau (vor allem durch den Zusammenbruch des Vulkankonzerns) eine besondere Rolle: waren im Land Bremen 1995 noch ca. 5.200 Beschäftigte im Schiffbau tätig, so belief sich ihre Zahl 1999 nur noch auf ca. 1.600 Beschäftigte.

¹ Arbeitslose in % der abhängigen zivilen Erwerbspersonen.

Seit dem bisherigen Höhepunkt der Arbeitslosigkeit im Jahr 1997 hat sich die Zahl der Arbeitslosen im Land Bremen um fast 10 % verringert, während der Rückgang in den alten Bundesländern nur 4 % betrug und im Bundesgebiet insgesamt fast wieder das Niveau von 1997 erreicht wurde (Abbildung 2).

Abbildung 1: Veränderung der Arbeitslosenzahl



Quelle: Arbeitsamt Bremen, Bundesanstalt für Arbeit, eigene Darstellung

Die dennoch vergleichsweise ungünstige Entwicklung des bremischen Arbeitsmarktes spiegelt sich auch in der Frauenarbeitslosigkeit wider, deren Struktur und Ausmaß im Vergleich zum Bundesdurchschnitt jedoch eine Besonderheit aufweist: Mit 15,0 % war die Frauenarbeitslosenquote in Bremerhaven im Jahre 2003 deutlich höher als im Bundesdurchschnitt (10,8 %), lag gleichzeitig aber auch rund acht %-Punkte unter der der Männer (23,1 %). In Bremen-Stadt liegt die Frauenarbeitslosenquote mittlerweile fast gleichauf mit dem Bundesdurchschnitt (11,0 bzw. 10,8 %), liegt aber gleichzeitig über vier %-Punkte unter der der Männer. Dieses deutliche Ungleichgewicht zwischen Männern und Frauen auf dem bremischen Arbeitsmarkt ist darauf zurückzuführen, dass die strukturelle und konjunkturelle Krise beider Städte in den 90er Jahren traditionell männliche Beschäftigungsdomänen (etwa in der

Werft- und Stahlindustrie) getroffen hat und damit die Zahl der männlichen gegenüber der weiblichen Arbeitslosen stärker angestiegen ist.

Über den gesamten Zeitraum seit Beginn der 90er Jahre betrachtet zeigt sich, dass die Abstände zwischen Männer- und Frauenquoten insbesondere in der zweiten Hälfte der 90er Jahre und am aktuellen Rand größer geworden sind. Führt man diesen Befund mit dem relativ stärkeren Anstieg der Frauenbeschäftigung insbesondere im Teilzeitbereich zusammen (Tabellen 3 und 4), so kann dies als Hinweis darauf gewertet werden, dass die Zugangschancen zum bremischen Arbeitsmarkt für Frauen in den neu entstandenen Dienstleistungsbereichen in den vergangenen Jahren besser geworden sind.

Dies scheint sich für die Arbeitsmärkte beider Städte zu bestätigen: Berechnet man für die Städte Bremen und Bremerhaven den Rückgang der Arbeitslosigkeit zwischen 1997 und 2003 getrennt nach Männern und Frauen ergibt sich in Bremerhaven ein Rückgang der Frauenarbeitslosigkeit von 14,0 %, bei den Männern von 1,6 %. Ein ähnliches Bild zeigt sich in der Stadt Bremen, hier verringerte sich die Frauenarbeitslosigkeit um 14,5 % während bei den Männern 3,7 % weniger Arbeitslose zu verzeichnen waren.

Wenngleich die Wirtschaftsdaten in einer langfristigen Perspektive eine Verbesserung der Situation im Land Bremen andeuten, erscheint es noch zu früh in diesem Zusammenhang von einer nachhaltigen Trendumkehr zu sprechen. Die regionale Wirtschaftsstruktur ist nach wie vor auf das Verarbeitende Gewerbe konzentriert, gleichzeitig ist die Wachstumsdynamik im Bereich des Dienstleistungssektors und hier vor allem im Bereich der innovativen und technologieorientierten Dienstleistungen noch zu gering ausgeprägt.

A.2 Kohärenz der einzelnen Fonds untereinander sowie mit den Interventionen der sonstigen Finanzinstrumente (insbes. Integration mit Ziel 3)

Das Land Bremen verfügt über langjährige Erfahrungen im Bereich der **Verknüpfung der EFRE- mit der ESF-Förderung**, diese Verzahnungsstrategie soll auch künftig fortgesetzt und fortgeschrieben werden. Dazu wurden im Zuge der Programmherstellung für die Ziele 2 und 3 für den Zeitraum 2000 bis 2006 zwischen dem Wirtschafts- und Arbeitsressort programmübergreifend arbeitsmarkt- und strukturpolitische Aktivitäten gemeinsam entwickelt.

Die geplanten regionalpolitischen Programmschwerpunkte des bremischen Ziel-2-Programms werden durch die bremischen ESF-Förderungen im Rahmen des Ziel-3-Programms flankiert. Die Strategien und Schwerpunkte der Qualifizierungs- und Beschäftigungspolitik des Landes korrespondieren u. a. mit den Schwerpunkten des Ziel-2-Programms: Die Entwicklung hin zu einem regionalen Dienstleistungsarbeitsmarkt, die Förderung des Technologietransfers, des Unternehmergeistes und die Entwicklung der Wissens- und Informationsgesellschaft werden explizit als Ziele genannt. Damit ist eine ausreichende Integration von EFRE- und ESF-Förderung gegeben. Weitere ESF-Maßnahmen innerhalb des Ziel-2-Programms könnten deshalb keinen signifikanten Beitrag leisten und sind deshalb nicht erforderlich. Es würde vielmehr die Gefahr einer Doppelung mit der Ziel-3-Förderung bestehen. Gleichzeitig bedeutet dieses Vorgehen eine Vereinfachung der administrativen Umsetzung des – relativ kleinen - Ziel-2-Programms Bremen vor dem Hintergrund, dass auch die Verordnung (EG) Nr 1260/1999 eine Beteiligung des ESF erst ab einem Anteil von 5% des Mittelvolumens für sinnvoll hält. Beim bremischen Ziel-2-Programm handelt es sich somit um ein Monofondsprogramm, bei dem Interventionen ausschließlich über den Europäischen Fonds für regionale Entwicklung (EFRE) gefördert werden.

Die arbeitsmarktpolitischen Aktivitäten im Ziel-3-Programm werden durch die wirtschafts- und strukturpolitischen Aktivitäten im Rahmen des Ziel-2-Programms 2000 - 2006 investiv flankiert. Die investive Ergänzung des Beschäftigungspolitischen Aktionsprogramms (BAP) ist daher in das Ziel-2-Programm integriert. Dies ist vor allem vor dem Hintergrund der engen Verzahnung bremischer Arbeitsmarkt- und Beschäftigungspolitik mit anderen relevanten Politikfeldern im Bereich der Wirtschafts-, Struktur-, Umwelt- und Technologiepolitik möglich gewesen. Die konzeptionelle und strategische Verschränkung der Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik des Landes bietet so die Chance, inhaltliche und finanzielle Synergieeffekte zu realisieren.

Die programmübergreifende Verzahnung der regionalen Wirtschaftsstruktur- und Arbeitsmarktpolitik findet also zum einen durch die Flankierung der Arbeitsmarktpolitik durch die regionalpolitischen, investiven Programmschwerpunkte des bremischen Ziel-2-Programms und zum anderen durch die bremischen ESF-Förderungen im Rahmen des Ziel-3-Programms statt, welches die Schwerpunkte des Ziel-2-Programms durch qualifizierungs- und beschäftigungsfördernde Maßnahmen begleitet. Insbesondere sind integrierte Förderungen vorgesehen im Bereich der Informations- und Kommunikationstechnologien, im Rahmen der Tourismusförderungen, bei der städtischen Förderung und lokalen Entwicklungsprojekten.

In diesem Zusammenhang sind insbesondere folgende strategische Ausrichtungen der Ziel-3-Förderung des Landes Bremen für die Jahre 2000 – 2006 von Bedeutung:

- Berücksichtigung der **Gleichstellung von Frauen und Männern**: Die Gleichstellung von Männern und Frauen ist ein allgemeines Ziel des ESF und hatte auch im Land Bremen in der Vergangenheit einen hohen Stellenwert. Das Land Bremen wird das Prinzip der Chancengleichheit im Sinne der EU („gender-mainstreaming-Ansatz“) umzusetzen versuchen. Das bedeutet, dass alle Programme, Maßnahmen und Initiativen so gestaltet sein müssen, dass sie der Gleichstellung von Frauen und Männern im Rahmen der Chancengleichheit beim Zugang zum Arbeitsmarkt Rechnung tragen. In diesem Bereich findet - wie oben beschrieben - eine enge Koordinierung mit einzelnen Fördervorhaben des EFRE im Ziel-2-Programm 2000 - 2006 statt. Somit stehen die im Rahmen des ESF unmittelbar auf Personen abzielenden und damit sehr zielgerichteten Gender-Ansätze mittelbar auch in Verbindung mit der EFRE-Förderung. Hier wird ein wesentlicher Beitrag zur Erfüllung des Gender Mainstreaming über die Ziel-3-Förderung geleistet, welcher in anderen Regionen über eine ESF-Beteiligung im Rahmen von Ziel 2 direkt umgesetzt wird. Dies soll die EFRE-Förderung jedoch nicht von der Notwendigkeit entbinden, dort ebenfalls vorhandene Potenziale zur Berücksichtigung der Chancengleichheit auszuschöpfen. Gleichwohl liegen hierzu noch vergleichsweise wenig Erfahrungen vor und der Charakter der überwiegend infrastrukturellen Förderung bedingt andere und zudem häufig nur indirekt wirkende Vorgehensmöglichkeiten.
- Berücksichtigung der **nachhaltigen Entwicklung**: Unter dem Begriff „Nachhaltige Entwicklung“ wird ein neues Entwicklungsmodell verstanden, mit dem drei Ziele angestrebt werden, die sowohl für die heutigen als auch die zukünftigen Generationen erreichbar sein sollen: dauerhaftes Wirtschaftswachstum, sozialer Zusammenhalt durch Beschäftigung und hohe Lebensqualität für alle, Verbesserung und Erhaltung der lebensnotwendigen natürlichen Ressourcen. Da es sich hier hauptsächlich um Maßnahmen der regionalen Entwicklung, die in den Bereichen Wirt-

schaft und Umwelt anzusiedeln sind, handelt, wird der ESF einen flankierenden Beitrag durch verschiedene Interventionsformen wie z. B. Maßnahmen zur beruflichen Bildung oder Beschäftigung im Umweltbereich leisten.

- **Beachtung der sozialen und arbeitsmarktpolitischen Dimension der Informationsgesellschaft:** Das Land Bremen verfolgte bereits in der Förderperiode 1994 - 1999 das Ziel, den Strukturwandel zur Informationsgesellschaft zu unterstützen bzw. qualifikatorisch zu begleiten. In Zusammenarbeit mit allen beteiligten Akteuren sind bereits themenzentrierte Projekte durchgeführt oder begonnen worden. Es ist z. B. mit dem von der EU geförderten Projekt BRISE gelungen, unter Beteiligung aller relevanten Gruppen die Entwicklung von Strategien und Aktionen zur bestmöglichen Nutzung der neuen Informations- und Kommunikationstechniken voranzutreiben. Förderaktivitäten des ESF werden mit Projekten des EFRE im Rahmen des Ziel-2-Programms 2000 - 2006 zum Bereich Informationsgesellschaft koordiniert. Mit dem Einsatz dieser Technologien wird die Möglichkeit zur Zusammenarbeit auf nationaler, europäischer und weltweiter Ebene erheblich verbessert und erleichtert. In der neuen Förderphase wird das Land Bremen bestrebt sein, Unternehmen, Beschäftigte, Arbeitslose und Existenzgründer/innen auf dem Weg zur Informations- und Dienstleistungsgesellschaft durch flankierende Qualifizierungsmaßnahmen zu unterstützen und zu begleiten. Die Erweiterung der Medienkompetenz wird ebenfalls einen sehr hohen Stellenwert als Querschnittskompetenz in allen Maßnahmen einnehmen.
- **Förderung lokaler Entwicklungsprojekte und lokaler Beschäftigungsinitiativen,** einschließlich territorialer Beschäftigungsbündnisse: Im Sinne einer sozialen und nachhaltigen kommunalen und regionalen Entwicklung sollen kommunale/lokale Entwicklungsprojekte unterstützt werden. Das Land Bremen realisiert in zwei ausgewählten Ziel-2-Gebieten - Ortsteile Hemelingen (Bremen) und Geestendorf (Bremerhaven) – Projekte in vergleichsweise ähnlicher Form, wie sie in der regionalen Gemeinschaftsinitiative URBAN in Bremen-Gröpelingen sowie im Rahmen von Artikel 10 (EFRE-Verordnung) in Bremerhaven Grünhöfe erfolgreich umgesetzt wurde. Diese Vorhaben sollen durch arbeitsmarktpolitische Maßnahmen ergänzt bzw. flankiert werden. Das von der Europäischen Kommission geförderte territoriale Beschäftigungsbündnis in Bremen (TEP) hat wirksame beschäftigungsfördernde Maßnahmen und Initiativen auf den Weg gebracht und begleitet. Aufgrund seiner erfolgreichen Arbeit soll dieser Ansatz in der neuen Programmplanungsphase weiter etabliert und gefördert werden.

B. Stand der Durchführung der einzelnen Schwerpunkte und Maßnahmen

B.1 Beschreibung der Maßnahmen und Projekte inklusive Analyse der Indikatoren sowie Vergleich der erreichten Ergebnisse mit der Ex-ante-Evaluierung

In diesem Abschnitt wird über den Stand der Durchführung berichtet, sowie ein Abgleich mit den Zielgrößen der Ex-ante-Evaluierung der einzelnen Schwerpunkte und Maßnahmen vorgenommen.

In der folgenden maßnahmespezifischen Darstellung sind die Mittelbindungen und Zahlungen sowohl für das Jahr 2003 als auch für den Gesamtzeitraum von 2000 bis Ende 2003 genannt. Die den einzelnen Maßnahmen zugeordneten Interventionsbereiche sind nachfolgend in Klammern angegeben und sind in der Tabelle im Anhang 1 aufgeführt. Zum Stand der Mittelbindung und Auszahlung siehe auch Anhang 2. Im Text sind die Prozent-Angaben der Mittelbindung gerundet.²

Schwerpunkt 1: Diversifizierung der Wirtschaftsstruktur

Im Schwerpunkt 1 sind von 19.628.102 € am 31.12.2003 11.282.514 € (57,48 %) der Mittel gebunden und 6.654.687 (33,90 %) ausgezahlt gewesen. Die Mittelbindung im Zeitraum 01.01.2003 bis 31.12.2003 beträgt 1.366.549 €, die Auszahlung im selben Zeitraum liegt bei 1.551.303 €.

² Mittelbindung und Auszahlung per Datenbestand im EFRE Plan vom 30.04.2004.

Maßnahme 1.1: Finanzierungshilfen für KMU (161)

Die Förderung von KMU über die Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“ (GA) ist seit 1989 Bestandteil der Bremer Ziel-2-Programme. 1994 trat mit dem Landesinvestitionsförderprogramm (LIP) ein weiteres Programm speziell für KMU hinzu.

Im Rahmen der Bund-Länder-Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“ (GA) können Investitionen der gewerblichen Wirtschaft und der wirtschaftsnahen Infrastruktur in strukturschwachen Gebieten gefördert werden, durch die die Wettbewerbs- und Anpassungsfähigkeit der Wirtschaft gestärkt und neue Arbeitsplätze geschaffen bzw. vorhandene Arbeitsplätze gesichert werden. Voraussetzung ist, dass die geförderten Betriebsstätten sowohl im GA- als auch im Ziel-2-Fördergebiet ihren Sitz haben. Die GA-Förderung innerhalb des Ziel-2-Programms setzt sich aus 50 % EFRE-Mitteln und 50 % Landesmitteln zusammen, es sind also keine Bundesmittel aus der GA enthalten.

Seit 1997 können auch im Rahmen der GA die im Rahmen des Landesinvestitionsförderprogramms gewährten besonderen Bonusförderungen für die Schaffung von Frauenarbeits- und Ausbildungsplätzen vergeben werden (s.u.).

Im Rahmen des Landesinvestitionsförderprogramms werden aus Mitteln des Wirtschaftspolitischen Aktionsprogramms (WAP) des Landes Bremen Investitionszuschüsse zur Unterstützung von kleinen und mittleren Unternehmen (KMU) des Handwerks, des Handels, der Industrie, der gewerbeorientierten freien Berufe, des Dienstleistungsgewerbes sowie sonstiger Gewerbetreibender im Lande Bremen nach Maßgabe dieser Richtlinie gewährt. Daneben werden Bonusförderungen für die Schaffung von Frauenarbeitsplätzen und für die Schaffung von Ausbildungsplätzen sowie Zuschüsse für Beratungsleistungen gewährt. Die hierfür bewilligten Landesmittel sind zusätzliche Finanzierungshilfen. Sie sind nicht dazu vorgesehen, andere öffentliche oder sonstige Mittel Dritter zu ersetzen.

Die Kriterien für eine Bonusförderung wurden im Jährlichen Durchführungsbericht für das Jahr 2002 ausführlich dargestellt. Der Bericht kann unter www.efre-bremen.de abgerufen werden.

Der früher gewährte Umweltbonus wurde vom Land Bremen aus der Notifizierung des LIP genommen, nachdem die Generaldirektion Wettbewerb massive Bedenken gegen diesen Umweltbonus geäußert und ein Prüfverfahren eröffnet hatte. Das LIP wurde daraufhin von der Kommission genehmigt. Zur Unterstützung umweltfreundlicher Investitionen bietet das Land Bremen spezifische Umweltförderprogramme an. Zu nennen sind die Richtlinie zur Förderung der sparsamen und rationellen Energie-

nutzung (REN-Richtlinie) und die Richtlinie zur Förderung von Investitionen für den Aufbau einer Kreislauf-Wirtschaftsinfrastruktur. Die Konditionen sind für die Unternehmen dabei zum Teil sogar deutlich besser als bei der bisherigen LIP-Förderung.

Die Förderung im Rahmen des Landesinvestitionsförderprogrammes (LIP) stellt eine wichtige Säule zur Stärkung der Wettbewerbs- und Anpassungsfähigkeit von kleinen und mittleren Unternehmen im Land Bremen dar. Gefördert wurden überwiegend kleine Unternehmen (unter 50 Beschäftigte) im Sinne der Grenzen der KMU-Richtlinie.

Mit der Umsetzung dieser Maßnahme wurde im Jahr 2000 begonnen. Von 16.975.634 € wurden bis Ende 2003 8.859.434 € (52,19 %) gebunden und 6.150.853 € (36,23 %) ausgezahlt. Die Mittelbindung im Zeitraum 01.01.2003 bis 31.12.2003 beträgt 1.366.549 €, die Auszahlung im selben Zeitraum liegt bei 1.441.883 €.

Ergebnisse / Wirkungen / Ex-ante-Quantifizierung

Im Berichtszeitraum (2003) wurden 13 neue Projekte bewilligt, insgesamt wurden bis Ende 2003 95 Unternehmen gefördert³. Bei den neu bewilligten Projekten handelte es sich in 9 Fällen um Betriebserweiterungen, 3 Unternehmen wurden neu errichtet, 1 Beihilfe (in Bremen) bezog sich auf den Erwerb einer von Stilllegung bedrohten Betriebsstätte. Von den im Jahr 2003 bewilligten Förderfällen konnten in einem Fall Boni in Höhe von insgesamt 9.200 € für die zusätzliche Schaffung von Frauenarbeitsplätzen vergeben werden („Frauenbonus“). In 3 Fällen gab es Boni für die Neuschaffung von Ausbildungsplätzen in Höhe von 14.000 €. Bonusförderungen für nachgewiesene Umweltinvestitionen („Umweltbonus“) können – wie eingangs erwähnt - nicht mehr bewilligt werden.

Die nachfolgende Tabelle gibt einen Überblick über die im Jahr 2003 im Rahmen von GA/LIP bewilligten Projekte:

³ Insgesamt mussten 9 Förderfälle bei der Berechnung der Indikatoren wieder herausgenommen werden, da in diesen Fällen Widerrufe oder Insolvenzen vorliegen. Bei der Ermittlung der Wirkungen werden nur die um diese Fälle bereinigten Werte herangezogen. Deshalb kann es zu der auf den ersten Blick paradoxen Situation kommen, dass z.B. die Fallzahl der insgesamt bewilligten Projekte hier nur unwesentlich höher liegt als im Jahr zuvor und die Arbeitsplatzzahlen zum Ende 2003 insgesamt niedriger liegen als zum Ende des Jahres 2002.

2003	Bremen	Bremerhaven	Gesamt
neu bewilligte Förderfälle	2,0	11,0	13,0
Projekte mit Frauenbonus	0,0	1,0	1,0
Neuerrichtungen	0,0	3,0	3,0
Betriebserweiterungen	1,0	8,0	9,0
Erwerb einer v. Stilllegung bedr. Betriebsstätte	1,0	0,0	1,0
Neu geschaffene Arbeitsplätze, gesamt	1,5	38,5	40,0
davon für Männer	1,0	11,0	12,0
davon für Frauen	0,5	9,0	9,5
davon für Azubis	0,0	2,0	2,0
Gesicherte Arbeitsplätze	9,0	60,5	69,5
davon für Männer	5,0	45,5	50,5
davon für Frauen	4,0	12,0	16,0
davon für Azubis	0,0	3,0	3,0
Induziertes Investitionsvolumen	2.283.641 €	3.193.501 €	5.477.142 €

* insg. in Höhe von 9.200 €

Die sektorale Zusammensetzung der geförderten Fälle stellt sich folgendermaßen dar:

Jahr	Bremen		Bremerhaven	
	Produzierendes Gewerbe	Dienstleistungen	Produzierendes Gewerbe	Dienstleistungen
2000	52,6 %	47,4 %	72,7 %	27,3 %
2001	62,5 %	37,5 %	57,1 %	42,9 %
2002	37,0 %	63,0 %	50,0 %	50,0 %
2003	0,0 %	100,0 %	10,0 %	90,0 %

In den Jahren bis einschließlich 2003 wurden insgesamt 95 Finanzierungshilfen für KMU gewährt. Das liegt bereits jetzt in der Spanne der ex ante bis zum Jahre 2006 quantifizierten Wirkungen (70 – 130 Unternehmen).

Das ex ante quantifizierte insgesamt Investitionsvolumen beträgt 102,91 Mio. €. Mit den bislang erreichten rund 70 Mio. € wird dieser Wert Ende 2003 zu rund 70 % erreicht - bei noch verbleibenden 3 Jahren Laufzeit des Ziel-2-Programms.

Bislang konnten Unternehmen durch die Finanzierungshilfen insgesamt 255 neue Arbeitsplätze schaffen. Das entspricht gut 50 % der Ex-ante-Quantifizierung (500 - 800 zusätzliche Arbeitsplätze).

Die gesicherten Arbeitsplätze addieren sich bislang auf rund 1.348. Das sind rund 67% der ex ante anvisierten Zielmarke (2.000 – 2.500 gesicherte Arbeitsplätze).

Die Summe der insgesamt bereits vergebenen „Frauenboni“ beträgt knapp 75.000 €. Umweltboni fielen insgesamt in Höhe von 112.061 € an, ab dem Jahr 2002 können keine Umweltboni mehr vergeben werden. Für Boni gibt es keine Ex-ante-Quantifizierung.

Im Jahr 2003 hat sich die Umsetzung der Maßnahme verlangsamt, insbesondere in der Stadt Bremen. Dieses ist der konjunkturellen Lage geschuldet, wie an der Entwicklung des regionalen Wirtschaftswachstums in 2003 zu sehen ist. Diese verhaltenen Investitionstätigkeit der Unternehmen schlägt sich auch in der reduzierten Anzahl von Anträgen für die GA / LIP Förderung nieder. Zurzeit kompensiert die gute Umsetzung der Maßnahme 1.1 in den ersten Jahren des Ziel-2-Programms noch die derzeitige langsamere Umsetzung, sodass die Maßnahme insgesamt einen noch guten Vollzug aufweist.

Maßnahme 1.2: Innovative Existenzgründungen (163)

Für diese Maßnahme stehen insgesamt 2.652.467 € zur Verfügung.

Bis Ende 2003 waren 2.423.080 € (91,35 %) gebunden und 503.834 € (18,99 %) ausgezahlt. Auf das Jahr 2003 entfallen 0 € an Mittelbindung und 109.420 € an Auszahlung.

Förderziel ist die Unterstützung der Vorbereitung von Existenzgründungen durch HochschulabsolventInnen und Young Professionals zur Initiierung innovativer Unternehmensgründungen. Bewerben können sich Personen, die ihr Hochschulstudium oder ihre Promotion innerhalb der letzten 5 Jahre abgeschlossen haben, oder die kurz vor Abschluss derselben stehen, und die sich in Bremen oder in Bremerhaven selbständig machen wollen. Gefördert werden innovative Ideen für Produkte oder Dienstleistungen aus den Bereichen Telekommunikation, IuK-Technologie, Multime-

dia, Entertainment, Gesundheits- und Umweltwirtschaft oder Biotechnologie. Die Förderung erfolgt in Form eines Gründungstrainings, betriebswirtschaftlicher Qualifizierung sowie finanzieller Unterstützung durch sogenannte Meilensteinförderung.

Ergebnisse / Wirkungen / Ex-ante-Quantifizierung

In den Jahren 2002 – 2003 haben 48 Teilnehmer (davon 8 Frauen) mit 33 Gründungsvorhaben an dem Existenzgründungscoaching teilgenommen. Insgesamt kam es bislang zu 12 Existenzgründungen. Davon entfielen 3 auf das Produzierende Gewerbe und 12 auf den Bereich Dienstleistungen. Die Wertigkeit der gegründeten Unternehmen unterstreicht die Tatsache, dass 4 Gründungen der Spitzentechnik zuzuordnen sind, 1 der höherwertigen Technik, immerhin noch 6 dem technologieintensiven Dienstleistungsgewerbe und nur 1 der Kategorie Sonstige.

Insgesamt entstanden im Zuge der Existenzgründungen 22 Arbeitsplätze (davon 6 für Frauen). Die Qualität der neuen Arbeitsplätze wird dadurch deutlich, dass 18 Hochschulabsolventen diese Stellen besetzten (davon 6 Frauen). Insgesamt entstanden 15 Arbeitsplätze mit Leitungsfunktion (davon 2 für Frauen).

Die Marktfähigkeit der Vorhaben wird dadurch belegt, dass alle Unternehmen, deren Gründung max. 3 Jahre zurückliegt, noch bestehen (inkl. alte Förderperiode).

Die Anzahl der TeilnehmerInnen (StipendiatInnen) soll laut Ex-ante-Quantifizierung rund 15 pro Jahr betragen, wobei es im Programmzeitraum zu insgesamt 50 - 70 Existenzgründungen kommen soll. Die Anzahl der Teilnehmer liegt derzeit deutlich über der Quantifizierung (48 in 2 Jahren). Mit den realisierten 12 Existenzgründungen sind knapp 25% der Zielvorgabe eingetreten.

Mittlerweile liegt ein Gutachten vor, das diese Existenzgründungsinitiative mit ihrem Konzept und ihren Wirkungen untersucht hat. Insgesamt stellen die unabhängigen Bewerter dem Existenzgründungsprogramm ein sehr gutes Zeugnis aus und loben insbesondere die intensive Begleitung der angehenden Gründer, was sich wiederum positiv auf die Qualität und Marktfähigkeit der Gründungen auswirkt.

Schwerpunkt 2: Stärkung des Dienstleistungssektors

Im Schwerpunkt 2 sind von 128.457.976 € bis Ende 2003 65.968.811 € (51,35 %) gebunden und 47.953.312,47 € (37,33 %) ausgezahlt worden. Auf das Jahr 2003 entfallen 9.537.468 € an Mittelbindungen und 13.507.526 € an Auszahlungen.

Maßnahme 2.1: Förderung der Informationsgesellschaft (322)

Das Mittelvolumen dieser Maßnahme wurde durch die Änderungsentscheidung K(2002) 1656 von 37.134.200 € auf 32.762.654 € reduziert. Mit dem Antrag zur Einstellung der Leistungsgebundenen Reserve ist eine weitere Reduzierung dieser Maßnahme um rund 14 Mio. € vorgenommen worden. Da sich das Mittelvolumen des Schwerpunktes 2 nicht ändert, war die Beschlussfassung des Begleitausschusses für diese Reduzierung maßgeblich. Das neue Mittelvolumen der Maßnahme beträgt 18.698.654 € (siehe auch D.5).

Im Jahr 2003 wurden 2.223.820 € (6,79 %) gebunden und 33.279 € (0,10 %) ausgezahlt. Die Umsetzung dieser Maßnahme hat 2003 begonnen, so dass die Jahreszahlen zugleich die Gesamtzahlen sind.

Zurzeit befinden sich 2 Projekte in der Ziel-2-Förderung. Bei den Projekten handelt es sich zum einen um den Aufbau eines Kompetenzzentrums "Softwareentwicklung, Simulation und Optimierung betrieblicher Abläufe in der maritimen Wirtschaft" in Bremerhaven; zum anderen die Einrichtung eines Institutes für Informations- und Kommunikationstechnologien mit dem Schwerpunkt biologische Informationssysteme in Bremerhaven (BIBIS).

Ergebnisse / Wirkungen / Ex-ante-Quantifizierung

Die 2 in der Förderung befindlichen Projekte sind der Kategorie „Modellprojekte“ zuzurechnen. Im Rahmen dieser Projekte ist die Schaffung von 12 direkten neuen Arbeitsplätzen geplant. Davon realisiert wurden bislang 3 Arbeitsplätze. Bislang konnten 8 Arbeitsplätze gesichert werden. Die wesentlichen Effekte dieser Transferprojekte werden aber im Bereich von indirekten Arbeitsplatzeffekten bei den Betrieben liegen, die vom Know-how des Technologietransfers profitieren. Eine seriöse Quantifizierung dieser Effekte ist nicht möglich.

Laut Ex-ante-Quantifizierung soll die Maßnahme insgesamt 15 Förderfälle umfassen. Die bislang umgesetzten 2 Projekte entsprechen 13%.

Angesichts dieser Umsetzungswerte ist eine weitere erhebliche Dynamisierung dieser Maßnahme erforderlich.

Maßnahme 2.2: Technologie-orientierte Einrichtungen/Technologietransfer (182)

Von den insgesamt 43.097.246 € dieser Maßnahme konnten bis 31.12.2003 27.370.057 € (63,51 %) gebunden und 21.802.574 € (50,59 %) ausgezahlt werden.

Auf das Jahr 2003 entfallen 776.797 € an Mittelbindung und 5.232.030 € an Auszahlung. Mit dem Antrag auf Einstellung zur Leistungsgebundenen Reserve wurde eine Erhöhung dieser Maßnahme um gut 2 Mio. € entschieden. Das neue Mittelvolumen dieser Maßnahme beträgt 45.532.246 €.

Beispielhaft wurden einige der sich in der Umsetzung befindlichen Projekte im Jährlichen Durchführungsbericht für das Jahr 2002 kurz geschildert. Ergänzend ist anzumerken, daß das Biotechnologiezentrum in Bremerhaven am 16. Mai 2003 eröffnet und am 09./10. Oktober 2003 auf einer von der Europäischen Kommission ausgerichteten internationalen Konferenz in Sheffield präsentiert wurde. Das BioNord wurde darüber hinaus in der Broschüre "Wettbewerbsfähigkeit, nachhaltige Entwicklung und Zusammenhalt in Europa – Von Lissabon nach Göteborg"⁴ vorgestellt.

Ergebnisse / Wirkungen / Ex-ante-Quantifizierung

Technologie - Infrastrukturprojekte

Mit den drei geförderten Technologie-Infrastrukturprojekten ist die ex ante formulierte Zielgröße jetzt erreicht. Diese drei Projekte sind Technologie- und Gründerzentren. Die geförderte Nutzfläche beträgt insgesamt rund 6.600 qm. In den Gründerzentren sind insgesamt derzeit 48 Unternehmen tätig (11 im Gründerzentrum Airport, 31 im BRIG Bremerhaven, 6 im Biotechnologiezentrum Bremerhaven).

Insbesondere die Auslastung des Biotechnologiezentrums in Bremerhaven mit geeigneten Mietern stellt sich außerordentlich positiv dar. Ebenso hat das Gründerzentrum Airport mit nun 11 Unternehmen (Vorjahr: 8) seine Quote gesteigert.

Verbundprojekte / Kooperationspartner

Die Ex-ante-Quantifizierung ging von insgesamt 5 Verbundprojekten im Bereich „Arbeit und Technik“ aus. Mittlerweile sind bereits 8 dieser Projekte aus dem Bereich „Arbeit und Technik“ gefördert worden, womit die Zielvorgabe übererfüllt ist.

Laut Ex-ante-Quantifizierung sollten sich an den Verbundprojekten bis zu 30 Kooperationspartner beteiligen. Bisher sind 31 Kooperationspartner aus verschiedenen Branchen einbezogen, wobei die Kategorien „Logistik“ und „Sonstige“ überwiegen.

Aber auch an drei weiteren Projekten sind Kooperationspartner beteiligt: An der Transferagentur „InnoWi GmbH“, am Projekt „PHOENIX“ und am Projekt „BILB“. Hier kommen nochmal insgesamt 17 Partner zusammen (drei aus der Luft- / Raumfahrt und 14 aus sonstigen Wirtschaftsbereichen).

⁴ Europäische Kommission, Generaldirektion Regionalpolitik, 2003

Im Hinblick auf Akzeptanz und offensichtliche Übereinstimmung mit dem Bedarf ist hervorzuheben, dass die „InnoWi“ im Jahr 2003 ihre Beratungszahl auf 350 Kontakte steigerte (Vorjahr: 100). Auch das BILB hatte im Jahr 2003 einen erfolgreichen Start und führte insgesamt 100 Beratungen mit Transferhintergrund durch. Darüber hinaus initiierte das BILB im Jahr 2003 10 Kooperationen oder Verbundvorhaben (für das BILB wurden nur die Umzugskosten in das Biotechnologiezentrum aus Ziel-2-Mitteln finanziert; dennoch ist es hier komplett mit dem Indikatorenset belegt, da sich aus dem Umzug auch Vorteile für die Geschäftstätigkeit des BILB ergeben)

Ansiedlungen / Arbeitsplätze

In der aktuellen Programmperiode siedelten sich in den Gründerzentren insgesamt 31 Unternehmen an (12 aus dem Bereich Spitzentechnik, 5 höherwertige Technik, 7 technologieintensives Dienstleistungsgewerbe, 7 Sonstige). Im Zuge dessen entstanden 143 neue Arbeitsplätze in den Gründerzentren (davon 30 für Frauen). Rund 109 dieser Arbeitsplätze entfallen auf FuE-Personal (davon 9 Frauen). Ex ante wurde die Zielmarke bei 150 – 200 geschaffenen Arbeitsplätzen für die Gründerzentren gesetzt. Diese Marke ist zu rund 95% erreicht. Die Frauenquote liegt dabei mit 21% niedriger als ex ante quantifiziert (40%).

Zusätzlich entstanden drei neue Arbeitsplätze bei der „InnoWi“ GmbH und 4 im BILB. Hier handelt es sich durchweg um hochwertige Arbeitsplätze.

Die gesicherten Arbeitsplätze, die dem Bereich „Arbeit und Technik“ zuzuordnen sind, umfassen derzeit 629 Beschäftigte (davon 22% Frauen) in den beteiligten Unternehmen. Die Ex-ante-Quantifizierung ging von 240 Arbeitsplätzen aus. Allerdings bleibt auch hier die Quote der Frauenarbeitsplätze hinter der Ex-ante-Quantifizierung von 40% zurück.

Neu entstanden sind im Rahmen der „Arbeit und Technik“ Projekte bislang 36 Arbeitsplätze (davon 19 Frauen), wobei es sich allerdings überwiegend nicht um Dauerarbeitsplätze handeln dürfte, sondern solche mit ausgesprochenem Projektcharakter.

Das langfristige Ziel des Projekts „PHOENIX“ ist die Sicherung von 200 Dauerarbeitsplätzen. Ob dies gelingt, darüber lassen sich erst nach Abschluss des Vorhabens Aussagen treffen.

Die induzierten privaten Investitionen (nur „Arbeit und Technik“) belaufen sich derzeit auf rund 2,3 Mio €. Das sind rund 15% der ex ante quantifizierten 15,4 Mio €.

Insgesamt gesehen sind der Vollzug und die Wirksamkeit dieser Maßnahme sehr zufriedenstellend. Insbesondere die neu geschaffenen Arbeitsplätze liegen über den Erwartungen.

Maßnahme 2.3: Förderung des Fremdenverkehrs (171)

Bis zum 31.12.2003 konnten von insgesamt 31.908.930 € für diese Maßnahme 26.945.707 € (84,45 %) gebunden und 19.691.848 € (61,71 %) ausgezahlt werden. Die Mittelbindung in der Zeit vom 01.01.2003 bis zum 31.12.2003 beträgt 5.302.600 €, die Auszahlung erreicht 5.185.602 €.

Die Modernisierung des Kreuzfahrtterminals Columbusbahnhof in Bremerhaven ist abgeschlossen: am 2. Mai 2003 wurde der Kreuzfahrtterminal eröffnet. Herr Dufeil, Referatsleiter für Deutschland in der Generaldirektion Regionalpolitik der Europäischen Kommission, nahm an der Eröffnung teil.

Die Eröffnungsveranstaltung des touristischen Radwegs "Grüner Ring" fand am 18. Mai 2003 statt. Teilgenommen haben die damalige Bau- und Umweltsenatorin Wischer, Bürgermeister Perschau sowie der niedersächsische Landwirtschaftsminister.

Im Jahr 2003 wurden drei neue Projekte bewilligt, die Gläserne Werft und der Maritime Trail, ein Konzept zur touristischen Entwicklung der Hafenable in Bremerhaven. Die Gläserne Werft soll bei der Bremer Bootsbau Vegesack die Bereiche Erlebniswelt, Schiffbau, Qualifikation und Sailing vereinen und anschaulich für Besucher zeigen. Die Gläserne Werft soll ein touristischer Anziehungspunkt in Bremen-Nord werden.

Zusätzlich wurden Maßnahmen am ehemaligen Schulschiffanleger in Bremen-Woltmershausen bewilligt, um einen Liegeplatz für ein holländisches Restaurantschiff herzurichten.

Ergebnisse / Wirkungen / Ex-ante-Quantifizierung

Die Modernisierung des Columbusbahnhofs soll wesentlich zur Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit Bremerhavens im Kreuzfahrtgeschäft beitragen. Hier bestätigen die neuen Daten die positive Umsetzung nach der Fertigstellung des Terminals: In 2003 hatte der Columbusbahnhof 63.000 Gäste, was eine Steigerung um 11.000 gegenüber dem Vorjahr ausmacht.

Am Columbusbahnhof sind im Zusammenhang mit dem Kreuzfahrtgeschäft derzeit rund 50 Personen tätig. 10 Arbeitsplätze konnten direkt neu geschaffen werden. Im weiteren Verlauf sollen es rund 120 direkte und indirekte Arbeitsplätze sein.

Zu den Wirkungen des Projektes "Grüner Ring" sind keine Quantifizierungen möglich; als Ergebnisse sind die planmäßige Eröffnung des Radweges und erstellte Informationsmaterialien festzuhalten.

Die weiteren zwei Infrastrukturprojekte „Schulschiffanleger“ und „Gläserne Werft“ sind in einer noch frühen Umsetzungsphase. Wirkungen werden sich erst nach Abschluss dieser Projekte im Jahre 2005 einstellen. Bei dem Vorhaben „Gläserne Werft“ ist von zusätzlichen 9 direkten Arbeitsplätzen und 150 indirekten Arbeitsplätzen auszugehen, die überwiegend in Folge des Besucheraufkommens (voraussichtlich 100.000 / Jahr) entstehen. Mit dem Schulschiffanleger sind 7 dauerhafte neue Arbeitsplätze geplant, die im Restaurant und bei Veranstaltungen auf dem Schiff direkt anfallen.

Insgesamt sind drei Infrastrukturprojekte in der Förderung, wodurch 75 % der Ex-ante-Quantifizierung in diesem Bereich erzielt sind. Hinzu kommt ein Konzept für den „Maritimen Trail“.

Maßnahme 2.4: Neue Dienstleistungen / Kohärenzprojekte (163)

Von insgesamt 20.689.146 € wurden bis zum 31.12.2003 9.429.227 € (45,58 %) gebunden und 6.425.611 € (31,06 %) ausgezahlt. Auf das Jahr 2003 entfallen 1.234.251 € an Mittelbindungen und 3.056.614 € an Auszahlungen. Mit dem Antrag auf Einstellung der Leistungsgebundenen Reserve wurde das Mittelvolumen dieser Maßnahme um gut 11 Mio. € auf 32.318.146 € erhöht.

In dieser Maßnahme werden Projekte aus dem Bereich "Neue Dienstleistungen" und Kohärenzprojekte umgesetzt. Beispielhafte Projektbeschreibungen sind im Jährlichen Durchführungsbericht für das Jahr 2002 enthalten. Im Jahr 2003 wurden 8 Projekte neu bewilligt. Diese Projekte werden unter der Verantwortung des Arbeitsressorts abgewickelt. Es handelt sich hierbei um Kompetenzzentren sowie um ein weiteres Kohärenzprojekt – das Schiff "Die Welle". Das alte Dampfschiff soll entsprechend seines ursprünglichen Zustands von 1915 restauriert bzw. rekonstruiert werden und für die Öffentlichkeit zugänglich gemacht werden.

Ergebnisse / Wirkungen / Ex-ante-Quantifizierung

Die ex ante quantifizierten zwei Kompetenzzentren im Bereich Design befinden sich in der Förderung. In den Jahren 2002 – 2003 wurden bislang insgesamt 121 Firmen in Designfragen beraten. Weiterhin wird das iid Steinbeiß Institut gefördert sowie ein Stipendiatenmodell im Bereich Design in Bremerhaven.

Eine Untersuchung ergab, dass 1 € Zuschuss rund 8 € an betriebliche Folgeinvestitionen für Design auslöst. Diese Aufwendungen kommen in Form von Aufträgen zu 92 % Betrieben in Bremen zugute.

Insgesamt sind 4 Beratungsstellen für Frauen (eine in Bremerhaven, drei in Bremen) mit Ziel-2-Mitteln gefördert worden. Ex ante wurden hier nur zwei Beratungsstellen formuliert.

Weiterhin befinden sich 6 Kompetenzzentren in der Förderung. Dies entspricht exakt der Ex-ante-Quantifizierung.

Die Zielmarke von mindesten 2 - 3 Kohärenzprojekten ist mit den jetzt in der Umsetzung befindlichen drei Projekten erreicht. Hier werden drei Schiffe zu touristischen Attraktionen umgebaut bzw. nachgebaut (eines mehr als ex ante geplant). Im Rahmen der Restaurierung der Schiffe sind 2003 rund 83 Menschen qualifiziert worden (diese Qualifizierungen sind aber dem ESF-Teil der Projekte zuzuordnen, aus EFRE werden lediglich die investiven Maßnahmen finanziert). Weitere Wirkungen, etwa die für die EFRE-Förderung relevanten Arbeitsplatzeffekte, sind – wenn überhaupt - erst nach Abschluss der Projekte ermittelbar. Hier handelt es sich dann um angesiedelte Gastronomie etc. im Zuge der Aufwertung des Standortes.

Insgesamt erhielten weiterhin bislang zwei Entwicklungskonzepte eine Förderung mit Ziel-2-Mitteln. Diese beinhalten die Stärkung der gewerblichen und touristischen Aktivitäten im Stadtteil Bremen-Blumenthal.

Arbeitsplätze

Im Rahmen der Designförderung konnten in Bremen und Bremerhaven bislang jeweils direkt 3 Arbeitsplätze gesichert werden, wobei es sich hier aber um einen nachrangigen Effekt handelt. Vorrangig ist die Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit der Wirtschaft durch gesteigertes Know-how im Bereich Design und überzeugende Produktgestaltung.

Beratungen durch Frauenberatungsstellen

Die in den Beratungsstellen durchgeführten Beratungen sind der Tabelle zu entnehmen. Nach der Ex-ante-Quantifizierung sollten schätzungsweise rund 300 Beratungen jährlich in diesen geförderten Projekten durchgeführt werden. Dieser Wert wurde für die letzten beiden Jahre übertroffen. Wichtig ist, dass bislang als Folge dieser Beratungen 42 Existenzgründungen zu verzeichnen sind (hierfür liegt keine Ex-ante-Quantifizierung vor).

Nachfolgend eine Aufstellung der durchgeführten Beratungen bei den Beratungsprojekten für Frauen.

Maßnahmenbereich 2.4 Neue Dienstleistungen	EBN Karriere- planung Frauen	ZIB Frauen in Arbeit und Wirtschaft e.V.		Frau und Beruf		EBN Bremer Cross Mentoring	GESAMT
		Beendet in 2002	2002	2003	2002		
Adressaten des Projekts							
Natürliche Personen	x	x	x	x	x	x	
Organisationen	-	-	-	-	-		
Sind Existenzgründer Adressaten des Projekts?	-	x	x	x	x	x	
Beratungsformen							
Informationsveranstaltungen	x	x	x	x	x	x	
Kurzberatung, telefonisch, vor Ort (bis zu 15 Minuten)	x	x	x	x	x	x	
Einmalige Intensivberatung	x	x	x	x	x	x	
Beratungsprozesse	x	x	x	x	x	x	
Informationsveranstaltungen / Tagungen							
Wie viele Personen haben an Informationsveranstaltungen teilgenommen?	335	182	524	42	689	81	1.853
Wie viele Personen waren davon weiblich?	330	162	379	42	638	71	1.622
Kurzberatung, telefonisch, vor Ort (bis zu 15 Min)							
Wie viele Personen haben an Kurzberatungen teilgenommen?	413	448	1.356	14	60	85	2.376
Wie viele Personen waren davon weiblich?	413	448	1.329	14	60	70	2.334
Einmalige Intensivberatungen							
Wie viele Personen haben an intensiven Einzelberatungen teilgenommen?	94	189	286	90	k.A.	11	670
Wie viele Personen waren davon weiblich?	94	189	286	90	k.A.	10	669
Beratungsprozesse							
Wie viele Personen haben an Beratungsprozessen teilgenommen?	41	18	38	49	240	24	410
Wie viele Personen waren davon weiblich?	41	18	38	49	230	19	395
Status der beratenen Personen							
Schüler	-	-	-	-	-	-	0
Auszubildende	-	-	-	-	-	-	0
Erwerbstätige	43	44	16	25	48	19	195
Arbeitslose	22	87	19	38	137	2	305
Nicht gemeldete Erwerbslose	5	36	2	26	19	k.A.	88
Zu wie vielen Existenzgründungen kam es?		5	28	11	37	2	83

Schwerpunkt 3: Umweltschutz, Flächenwiederherrichtung

Vom Mittelvolumen des Schwerpunktes 3 sind von 56.231.862 € bis 31.12.2003 28.315.355 € (50,35 %) gebunden und 13.036.104 € (23,18 %) ausgezahlt worden. Auf das Jahr 2003 entfallen an Mittelbindungen 9.803.103 € und an Auszahlungen 4.303.868 €. Der Antrag auf Einstellung der Leistungsgebundenen Reserve kommt ausschließlich diesem Schwerpunkt zugute. Das Mittelvolumen erhöht sich um 9.856.000 € auf 66.087.862 €.

Maßnahme 3.1: Förderung angewandter Umwelttechnologien (162)

Die Umsetzung von Projekten aus dem Landesprogramm PFAU (Programm zur Förderung angewandter Umwelttechnologien) ist seit Beginn der bremischen Ziel-2-Förderung im Jahr 1989 Bestandteil der Bremer Ziel-2-Programme. Für diese Maßnahme stehen insgesamt 8.487.890 € zur Verfügung, von denen bis zum 31.12.2003 7.093.171 € (83,57 %) gebunden und 2.615.740 € (30,82 %) ausgezahlt waren. Im Zeitraum 01.01.2003 bis 31.12.2003 lag die Mittelbindung bei 4.615.303 € und die Auszahlung bei 1.465.036 €. Nach Einstellung der Leistungsgebundenen Reserve erhöht sich das Mittelvolumen dieser Maßnahme um 4 Mio. € auf 12.487.890 €.

Ziel der Förderung ist es, Unternehmen der gewerblichen Wirtschaft und Anbieter von Dienstleistungen bei pilothaften Entwicklungen zu unterstützen, bei denen die Belange der Umwelt deutlich berücksichtigt werden. Dadurch soll das oftmals überdurchschnittliche technische und wirtschaftliche Risiko von derartigen Entwicklungsvorhaben vermindert und die technische und wirtschaftliche Leistungsfähigkeit dieser Unternehmen gestärkt werden. Gleichzeitig wird angestrebt, hierdurch qualifizierte Arbeitsplätze zu schaffen oder zu erhalten. Durch die Absenkung der finanziellen Risikoschwelle sollen insbesondere kleine und mittlere Unternehmen Anreize erhalten, innovative Entwicklungen im Bereich des Umweltschutzes, des produktionsintegrierten Umweltschutzes und der angewandten Umwelttechnologien durchzuführen. Der Zugewinn an Know-How soll die Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen nachhaltig verbessern bzw. den Unternehmen neue Märkte eröffnen, die eine wesentliche Erweiterung des bisherigen Geschäftsfeldes darstellen. Gefördert werden Entwicklung, Konstruktion, Erstellung und Erprobung innovativer Produkte, Verfahren und Dienstleistungen. Insbesondere soll dabei der sparsame Einsatz von Material und Energie, die Vermeidung von Emissionen und die Wiederverwertung eingesetzter Materialien beachtet werden. Gesetzliche Bestimmungen sollen deutlich übertroffen werden.

Ergebnisse / Wirkungen / Ex-ante-Quantifizierung

Bis einschließlich des Jahres 2003 erhielten insgesamt 70 Projekte (21 in Bremen, 50 in Bremerhaven) Mittel aus dem aktuellen Ziel-2-Programm. Hinzu kommen noch 2 Projekte aus dem Ökologiefonds (diese sind bei nachfolgenden Berechnungen nicht berücksichtigt, da diese keinen betrieblichen Charakter haben sondern Studien sind). Dies liegt in der Spanne der für den gesamten Programmzeitraum ex ante angenommenen Fallzahl (60 – 80 Projekte). Damit hat sich die Umsetzung im Jahr 2003 deutlich beschleunigt (bis einschl. 2002 waren lediglich 31 Projekte in der Förderung). Nachfolgend eine Übersicht nach Art und Bereich der Projekte.

Art	Bremen	Bremerhaven	Gesamt
Informations- und Beratungsangebot	0	1	1
Markterschließungshilfe	7	9	16
Verbundprojekt	5	25	30
Demonstrations- und Pilotprojekt	8	15	23
Sonstiges	1	0	1
<u>Gesamt</u>	21	50	71
<u>Bereich</u>			
Umweltfreundliche Verfahren und Produkte	4	16	20
Rationelle Energienutzung und regenerative Energie	9	16	25
Kreislaufführung und Emissionsminderung	1	4	5
Techniken der Umweltbeobachtung	4	6	10
Verkehr, Mobilität, Logistik	0	3	3
Umweltmanagementsysteme	1	2	3
Sonstige	2	2	4

Das ausgelöste gesamte Investitionsvolumen beträgt insgesamt rund 13,16 Mio €. Diese Summe entspricht 77 % der ex ante quantifizierten 17 Mio. €.

Kooperationen

Insgesamt waren / sind an 31 Vorhaben Kooperationspartner beteiligt. An all diesen Kooperationsprojekten sind Hochschulen oder FuE – Institute beteiligt. Im Berichtsjahr hat sich also im Vergleich zum Vorjahr auch die Anzahl der Kooperationsprojekte deutlich erhöht (Vorjahr: 8 Projekte mit Kooperationen).

Arbeitsplätze

Im direktem Zusammenhang mit den bezuschussten Investitionen stehen die insgesamt rund 50 neu geschaffenen Arbeitsplätze (32 in Bremen, 18 in Bremerhaven). Dieser Wert liegt über der Ex-ante-Quantifizierung (40 Arbeitsplätze).

Betriebserweiterungen / Unternehmensgründungen

Im Rahmen der PFAU Projekte kam es zu 7 Betriebserweiterungen (4 in Bremen, 3 in Bremerhaven) und zu 3 Unternehmensgründungen (alle in Bremerhaven).

Patente / Innovation

Im Zuge der Projektdurchführungen kam es bislang zu einer Patentanmeldung.

Induzierte private Investitionen

Die induzierten privaten Investitionen betragen 6,27 Mio €

Zu positiven Auswirkungen auf die Umwelt und zu weiteren Arbeitsplatzeffekten im Sinne von Wirkungen kann es erst kommen, wenn die entwickelten Verfahren oder Produkte nach der erfolgreichen Markteintrittsphase eine breitere Anwendung erfahren haben. Daten hierzu können erst nach einer jahrelangen Beobachtung gewonnen werden. Dies ist derzeit nicht vorgesehen.

Maßnahme 3.2: Infrastrukturprojekte im Umweltbereich (163)

Bis zum 31.12.2003 konnten 3.520.755 € (66,37 %) gebunden und 836.0023€ (15,76 %) ausgezahlt werden. Insgesamt stehen dieser Maßnahme 5.304.886 € zur Verfügung. Auf das Jahr 2003 entfallen 2.336.800 € an Mittelbindungen und 627.788 € an Auszahlungen. Durch die Einstellung der Leistungsgebundenen Reserve erhöht sich das Mittelvolumen dieser Maßnahme um knapp 1 Mio. € auf 6.232.886 €

Im Berichtszeitraum wurden zwei Infrastrukturprojekte neu bewilligt:

Der Aufbau einer Koordinierungs- und Forschungsstelle Windenergie erfolgt in Bremerhaven. Es handelt sich dabei um eine überbetriebliche, infrastrukturelle Einrichtung mit überregionalem Charakter, die sich auf die Erfassung, Koordinierung und Vermittlung des wissenschaftlichen Know-hows auf dem Gebiet der On- und Offshore-Windenergie konzentriert, aber auch wissenschaftlich-technische Fragestellungen lösen soll.

Das Projekt "Partnerschaft Umwelt/Unternehmen" ist ein Netzwerk zwischen Wirtschaftsunternehmen des Landes Bremen und der öffentlichen Verwaltung, das auf einer freiwilligen Vereinbarung aller Beteiligten basiert. Diese Vereinbarung umfasst Grundprinzipien des Handelns in Bezug auf eine nachhaltige Entwicklung und die allgemeinen Klimaschutzziele sowie die Versicherung eines verantwortlichen und umsichtigen Umgangs mit der Umwelt und den ökologischen Herausforderungen. Mit der Partnerschaft soll die Motivation und der Einsatz der Wirtschaft für ein freiwilliges, über das Ordnungsrecht hinausgehendes, umweltgerechtes Verhalten und für freiwillige umweltgerechte Investitionen angeregt und umfassend unterstützt werden.

Ergebnisse / Wirkungen / Ex-ante-Quantifizierung

Ex ante sind 3 – 5 Projekte quantifiziert worden. Mit den nun geförderten 4 Projekten ist die Mindestanzahl bereits in der Förderung.

Zu den Projekten „Offshore Windenergie Kompetenzzentrum“, zu „ProNaro (Aufbau eines Koordinierungs- und Kompetenzzentrums Produkte aus nachwachsenden Rohstoffen) und zu der Partnerschaft „Umwelt / Unternehmen“ liegen erste Ergebnisse und Wirkungen vor.

Kooperationen

Hatte das „Offshore Windenergie Kompetenzzentrum“ im Jahr 2002 noch insgesamt 7 Kooperationen (4 ausschließlich zwischen KMU und 3 Kooperationen mit Einbezug von Hochschulen / FuE – Einrichtungen) initiiert, betrug im Jahr 2003 dieser Wert 15 Kooperationen (5 ausschließlich zwischen KMU und 10 Kooperationen mit Einbezug von Hochschulen / FuE – Einrichtungen). Insgesamt sind das 22 initiierte Kooperationen.

Das Projekt „ProNaro“ initiierte in 2001 und 2002 insgesamt rund 20 Kooperationen (6 zwischen KMU, 5 KMU / Hochschulen / FuE – Einrichtungen, 9 Sonstige). Im Jahr 2003 steigerte sich dieser Wert nochmals um 13 Kooperationen (7 zwischen KMU, 1 KMU / Hochschulen / FuE – Einrichtungen, 5 Sonstige). Insgesamt bringt es ProNaro also auf 33 Kooperationen (13 zwischen KMU, 6 KMU / Hochschulen / FuE – Einrichtungen, 14 Sonstige).

Im Projekt „Partnerschaft Umwelt / Unternehmen“ sind 24 Kooperationspartner vertreten.

In der Ex-ante-Quantifizierung wurden 10-12 Verbundvorhaben und Kooperationen angestrebt. Der bisherige Vollzug übertrifft damit die Erwartungen.

Angeregte Forschungsvorhaben

Bis zum Jahr 2003 haben die Projekte dazu beigetragen, insgesamt 23 Forschungsvorhaben und Studien anzuregen.

Beratungen / Transferleistungen

Abermals kam es auch zu einer Erhöhung der Beratungs- und Transferleistungen: Bis einschließlich 2003 erbrachte „ProNaro“ insgesamt 83 Beratungs- und Transferleistungen (bis 2002: 65) und die Windenergieagentur WAB bracht es auf 35 Beratungs- und Transferleistungen (bis 2002: 10). Durch die Gesamtzahl von 118 Fällen und die offensichtliche Marktakzeptanz dieses Technologietransfers kann man davon ausgehen, dass sich nachgelagerte Effekte eingestellt haben.

Existenzgründung

Im Rahmen der Transferleistungen kam es zu einer Existenzgründung (ex-ante wurden 2 - 3 Existenzgründungen quantifiziert).

Geschaffene Arbeitsplätze / FuE-Quote

Zum Thema Arbeitsplätze gibt es im Vergleich zum Durchführungsbericht für das Jahr 2002 zusätzliche Entwicklungen: „ProNaro“ hat zur Schaffung von Arbeitsplätzen beigetragen. Konnten in 2000 und 2001 insgesamt 10 Arbeitsplätze geschaffen werden (5 in Bremen), stieg diese Zahl in 2002 um 2 und 2003 um einen zusätzlichen Arbeitsplatz für Bremen. Unter Einbezug der mit der Projektdurchführung betrauten Mitarbeiter ergeben sich bislang insgesamt 14 neu geschaffene Arbeitsplätze für die Maßnahme 3.2 in Bremen. Die FuE-Quote erhöhte sich in einem Unternehmen um 40 %.

Dass zum jetzigen Zeitpunkt zu weiteren Wirkungen (wie insbesondere zu direkten Umwelteffekten) keine validen Ausführungen gemacht werden können, entspricht dem langfristigen Charakter der Projekte und ihren nachgelagerten und damit kaum zu evaluierenden Effekten.

Maßnahme 3.3: Wiederherrichtung von brachliegenden Flächen (351)

Von den 42.439.086 € für diese Maßnahme waren bis zum 31.12.2003 17.702.698 € (41,71 %) gebunden, ausgezahlt wurden insgesamt 9.584.341 € (22,58 %). Auf den

Berichtszeitraum 01.01.2003 bis 31.12.2003 entfallen 2.851.000 € an Mittelbindung und 2.211.044 € an Auszahlung. Durch die Einstellung der Leistungsgebundenen Reserve erhöht sich das Mittelvolumen dieser Maßnahme um knapp 5 Mio. € auf 47.367.086 €.

Es befinden sich 3 Projekte in der Umsetzung: ein Projekt zur Herrichtung des ehemaligen Vulkangeländes, die Herrichtung einer Fläche für das Institut für Fischereiökologie, das von Hamburg nach Bremerhaven ziehen wird sowie die Aufbereitung einer Fläche im Gewerbegebiet Airport, die im Jahr 2003 neu bewilligt wurde.

Ergebnisse / Wirkungen / Ex-ante-Quantifizierung

In dieser Maßnahme befindet sich bei insgesamt drei Projekten ein Flächenvolumen von 16,5 ha in der Umsetzung. Diese Ziel-2-geförderte Flächenwiederherstellungen sind Teile von größeren Vorhaben mit einem gesamten Flächenvolumen von 65,8 ha brutto (59,8 ha netto). Nimmt man das Flächenvolumen von 16,5 ha als Bezugsgröße für die Ex-ante-Quantifizierung (30 - 40 ha), sind 55 % der Sollgröße erreicht.

Ein Vorhaben, das Projekt auf dem Vulkan Gelände, ist mittlerweile baumäßig abgeschlossen und eine erste Ansiedlung aus dem produzierenden Sektor ist zu verzeichnen. In diesem Unternehmen sind 277 Arbeitsplätze gesichert worden. Die revitalisierte und besiedelte Fläche beträgt 1,7 ha.

Schwerpunkt 4: Städtische Problemgebiete

Von insgesamt 16.975.656 € sind bis zum 31.12.2003 7.398.501 € (43,58 %) gebunden und 3.373.862 € (19,87 %) ausgezahlt worden. Die Mittelbindung im Berichtszeitraum liegt bei 2.706.117 €, ausgezahlt wurden 1.838.373 €. Mit dem ursprünglichen Antrag auf Einstellung der Leistungsgebundenen Reserve vom November 2003 sollten 315.000 € der Leistungsreserve der Maßnahme 4.3 zugeschlagen werden. Aufgrund der insgesamt aber schwachen Umsetzung des Schwerpunktes lehnte die Kommission dies ab. Daraufhin wurde mit der Überarbeitung des Antrags zur Einstellung der Leistungsgebundenen Reserve im März 2004 eine Umschichtung zwischen den Maßnahmen des Schwerpunktes 4 durch den Begleitausschuss genehmigt. Das Gesamtvolumen des Schwerpunktes 4 ändert sich dadurch nicht. Für das Jahr 2003 wird die Umschichtung nicht berücksichtigt.

Maßnahme 4.1: Belebung wirtschaftlicher Aktivitäten (352)

Für diese Maßnahme stehen insgesamt 10.117.767 € zur Verfügung. Im Jahr 2003 wurden 1.385.867 € gebunden. Auszahlungen erfolgten in Höhe von 180.087 €

Neu bewilligt wurden im Jahr 2003 Mittel für das Stadtteilmanagement/Stadtteilmarketing. Die Stadtteilmanagerin hat im Februar 2003 ihre Arbeit aufgenommen. Intention der Maßnahme ist es, die ansässigen Bewohner und Gewerbetreibenden bei der Identifizierung, Formulierung und Lösung der gebietsbezogenen Probleme zu unterstützen und die daraus hervorgehenden Initiativen effektiv und zielgerichtet zu koordinieren.

Ebenfalls bewilligt wurden 2003 Mittel für das Projekt "Am Saal". Es handelt sich hierbei um die Entwicklung eines zukunftsorientierten Gewerbe- und Dienstleistungszentrums mit ca. 6.000 qm Nutzfläche. Folgende Einzelmaßnahmen werden im Rahmen des Projektes "Am Saal" umgesetzt:

- Verlagerung der auf dem Grundstück befindlichen Bootshallen (Unternutzung) in den Bereich Fuldahafen - Sporthafen Hemelingen
- Herrichten der Flächen am Fuldahafen
- Neubau der Bootshallen (Kosten werden zu 100 % vom Verein getragen)
- Abbruch der alten Bootshallen Am Saal (ggfs. Dekontamination)
- Erstellen der Erschließungsanlagen
- Verwertung der Flächen

Ergebnisse / Wirkungen / Ex-ante-Quantifizierung

Hier befinden sich drei Projekte in der Umsetzung, wobei eines (Projektträgervertrag) der Vorbereitung der einzelnen Vorhaben dient. Ex ante waren insgesamt 5 Projekte geplant.

Das Projekt „Stadtteilmarketing/-management“ in Hemelingen ist im ersten Jahr seiner Umsetzung. Hier wurden bislang 16 Veranstaltungen mit rund 300 Teilnehmern durchgeführt. Eine Stadtteilzeitung ist erschienen. Laut Stadtteilmanagement ist die öffentliche Wahrnehmung positiv besetzt.

Bislang wurden noch keine Flächen umgestaltet.

Maßnahme 4.2: Quartiersentwicklung (36)

Insgesamt stehen 2.614.050 € für diese Maßnahme zur Verfügung. Im Jahr 2003 wurden 1.320.250 € (50,51 %) gebunden. Es erfolgte keine Auszahlung.

Die Mittel wurden für das Projekt Quartierszentrum Mobile gebunden. Das Quartierszentrum liegt im Ortsteil Hemelingen im Gebiet "Hinter den Ellern" und soll eine Gesundheitsberatungsstelle, ein Café (als Beschäftigungsprojekt) und ein Spielhaus beinhalten. Darüber hinaus sind Sitzungs-, Sozial- und Büroräume geplant. Die Nutzfläche des Zentrums beträgt 760 m². Für das Quartierszentrum wurde Ende 2001 ein Planungsauftrag vergeben. Die Beschlussfassung in sämtlichen Gremien wurde im Frühjahr 2003 abgeschlossen, der Baubeginn soll im Sommer 2004 sein.

Die Machbarkeitsstudie für den Spiel- und Sportpark wurde im Jahr 2003 vorgelegt. Sie kam zu dem Ergebnis, dass ein erheblicher Mehrbedarf an Mitteln für eine erfolgreiche Umsetzung erforderlich sei. Eine Bedarfsträgerschaft für den Spiel- und Sportpark wurde vom Sozialressort abgelehnt. Die Realisierung dieses Projektes in einer weitaus schlankeren Form mit Einbindung verschiedener Akteure vor Ort wird weiter geprüft.

Ergebnisse / Wirkungen / Ex-ante-Quantifizierung

Bezüglich der Wirkungen dieser Maßnahme ist derzeit keine Aussage zu treffen. Ein Vorhaben befindet sich derzeit in der Mittelbindung.

Maßnahme 4.3: Belebung zentraler Plätze (352)

Diese Maßnahme wird in Bremerhaven durchgeführt und weist insgesamt ein Mittelvolumen von 4.243.930 € auf. Im Jahr 2003 wurden 0 € gebunden und 1.658.286 € (39,07 %) ausgezahlt. Die Mittelbindung in Bezug auf die zur Verfügung stehenden Gesamtmittel beträgt 99,63 %, die Auszahlung insgesamt liegt mit 3.193.775 € bei 75,26 %.

Es handelt sich hierbei um ein Projekt zur Planung und Umgestaltung des Marktplatzes und der Einrichtung einer Gastronomie im alten Wasserturm im Ortsteil Geestendorf, das im Jährlichen Durchführungsbericht für das Jahr 2002 beschrieben wurde. Im Rahmen des Herbstfestes wurde der Marktplatz im September 2003 von Bürgermeister Perschau offiziell freigegeben.

Ergebnisse / Wirkungen / Ex-ante-Quantifizierung

Der Marktplatz mit einem neuen städtebaulichen Strukturelement und einer qualitativ hochwertigen Pflasteroberfläche ist zur Nutzung freigegeben. Der Umbau des Wasserturmes zu einer besonderen Gastronomie und die gestalterische und funktionelle Aufwertung der Platzrandstraßen wurden ebenfalls abgeschlossen. Das sind sichtbare Impulse für eine wirtschaftliche Aktivierung des Stadtteilzentrums.

Im Jahr 2003 löste das Projekt weitere Beschäftigungseffekte durch die Bewirtschaftung einer zusätzlichen Außengastronomiefläche von ca. 100m² aus.

Bereits im Vorjahr hatte der Umbau des Marktplatzes dazu beigetragen, im Bereich des Wochenmarkts insgesamt 142 Arbeitsplätze, davon 72 für Frauen, zu sichern (umgerechnet auf Vollzeitäquivalente). Im Jahr 2003 konnte der Wochenmarkt einen Umsatzzuwachs verzeichnen.

Weiterhin wurde ein Sportevent als drittes jährliches Veranstaltungsereignis gut angenommen.

Technische Hilfe

Von der Technischen Hilfe (insgesamt 4.774.404 €) sind bis Ende 2003 1.712.535 € (35,87 %) gebunden und 588.901 € (12,33 %) ausgezahlt worden. Auf den Berichtszeitraum vom 01.01.2003 bis zum 31.12.2003 entfallen 53.202 € an Mittelbindung und 320.890 € an Auszahlung.

Technische Unterstützung und Evaluierung (411 zu 50 %, 412 zu 35 %, 415 zu 15 %)

In dieser Maßnahme sind im Jahr 2003 neben der Finanzierung von Aktivitäten zum Erfahrungsaustausch und Personal zur Abwicklung des Programms zahlreiche Publizitätsmaßnahmen durchgeführt worden (siehe dazu D.4 und D.7). Weiterhin wurde die Programmierung einer Datenbank finanziert, die die neuen Anforderungen an das Programm-Monitoring sowie den elektronischen Datenaustausch mit der Kommission erfüllt.

Studien und Pilotprojekte (413 und 414 zu je 50 %)

Im Jahr 2003 wurden keine Projekte in diesem Bereich umgesetzt.

B.2 Operationen unter Artikel 28 III der Verordnung (EG) Nr. 1260/1999

In Bremen werden die Projekte vollständig über nicht rückzahlbare Beihilfen finanziert. Rückzahlbare Beihilfen, Zinsvergütungen, Bürgschaften, Beteiligungen oder sonstige Finanzierungsformen kommen nicht zum Einsatz.

B.3 Realisierung der Ziele der Querschnittsthemen

Einige Maßnahmen (z.B. 1.1, 2.2, 3.1, 3.3) sind so ausgerichtet, dass sie zur Realisierung der Querschnittsziele direkt und wesentlich beitragen. Grundsätzlich wird jedes Projekt vorab auf den möglichen Beitrag zur Verbesserung der Chancengleichheit geprüft, auf den Innovationsgehalt und den Beitrag zum Umweltschutz.

Schließlich spiegeln sich auch in der Zusammensetzung des regionalen Begleitausschusses die Bemühungen, Querschnittsziele angemessen zu berücksichtigen und umzusetzen: Beteiligt sind u.a. Umweltschutzverbände, Organisationen zur Gleichstellung von Frauen und Arbeitnehmer- / Arbeitgeberverbände. Vom regionalen Begleitausschuss gehen in allen Phasen der Programmumsetzung wichtige Impulse zur Berücksichtigung der Querschnittsthemen aus.

Chancengleichheit

Die generelle Ausrichtung und Maßnahmen des Bremer Ziel-2-Programms fokussieren überwiegend die strukturpolitisch wichtigen Infrastrukturen. Dies impliziert grundsätzlich nur wenige Ansatzpunkte zur Verbesserung der Chancengleichheit.

Wo sich allerdings im Kontext der strukturpolitischen Ziele sinnvolle Ansätze zur Chancengleichheit verwirklichen lassen, dort greift das Bremer Ziel-2-Programm das Querschnittsziel auf und liefert einen Beitrag zur Förderung der regionalen Chancengleichheit.

So können Betriebe im Rahmen der Investitionshilfen für KMU (Maßnahme 1.1) zusätzliche Mittel erhalten, wenn sie gezielt Arbeitsplätze für Frauen schaffen. Das Volumen der sog. „Frauenboni“ in Höhe von rund 75.000 € für den Zeitraum 2000 – 2003 zeigt, dass dieses Instrument direkte und positive Auswirkungen haben kann.

Durch die Beratung von Frauen bei Existenzgründung und Karriereplanung stärkt die Maßnahme 2.4 (Neue Dienstleistungen / Kohärenzprojekte) gezielt die Chancengleichheit. Hier sind mittlerweile 4 Beratungsvorhaben in der Umsetzung, die explizit Frauen ansprechen.

Aussagen lassen sich nachfolgend für den Zeitraum 2000 bis 2003 auch zu den bislang für Frauen direkt geschaffenen und gesicherten Arbeitsplätzen machen:

	Arbeitsplätze neu gesamt	davon Frauen gesamt	Arbeitsplätze gesichert gesamt	davon Frauen gesamt
Maßnahme 1.1	255	62	1.348	325
Maßnahme 1.2	22	6		
Schwerpunkt 1	277	68	1.348	325
Maßnahme 2.1	3		8	2
Maßnahme 2.2	186	54	820	177
Maßnahme 2.3	11		53	3
Maßnahme 2.4	3	3	21	13
Schwerpunkt 2	203	57	902	195
Maßnahme 3.1	51	7	2.512	561
Maßnahme 3.2	14	3	12 ⁵	
Maßnahme 3.3			277	k.A.
Schwerpunkt 3	65	10	2.801	561
Maßnahme 4.1				
Maßnahme 4.2				
Maßnahme 4.3			147	72
Schwerpunkt 4			147*	72
Gesamt	545	135	5.198	1.152

* Diese Arbeitsplätze wurden im Bereich des Wochenmarktes gesichert.

Allerdings ist zu beachten, dass diese Zahlen zunächst vorläufig sind. Änderungen können sich beispielsweise bei Maßnahme 1.1 ergeben, wenn es zu Insolvenzen oder Widerrufen kommen sollte. Zusätzlich ist zu beachten, dass hier nur direkte Arbeitsplatzeffekte erfasst werden konnten. Nachgelagerte Arbeitsplatzeffekte (also beispielsweise als Ergebnis der Stärkung von Unternehmen durch Technologietransfer oder Arbeitsplätze im Gaststätten- und Beherbergungsgewerbe im Zuge des Erfolges von Tourismusprojekten) sind hier nicht erfasst. Insofern liegen die tatsächlichen Arbeitsplatzzahlen deutlich höher, sind aber - da es sich um nachgelagerte Effekte handelt - kaum bestimmbar. Zusätzlich ist zu beachten, dass die erfassten Arbeitsplätze von unterschiedlicher Dauer sein können. Bei Maßnahme 1.1 handelt es sich ausschließlich um dauerhafte Arbeitsverhältnisse, da dies eine Grundvoraussetzung für eine Förderung ist. Dahingegen haben die Arbeitsplätze der Maßnahme 3.1 oder aus dem Bereich "Arbeit und Technik" überwiegend Projektcharakter. Es ist jedoch gut möglich, dass diese Beschäftigungsverhältnisse im Zuge eines erfolgreichen Projektverlaufs in Dauerarbeitsplätze münden. Dies wird sich jedoch, wenn überhaupt, erst zeitverzögert nach Abschluss der eigentlichen Projekte herausstel-

⁵ In der Tabelle sind nur Arbeitsplätze gezählt, die auf das Land Bremen entfallen. Bei der 100-Prozent-Tochter eines bremischen Unternehmens wurden als Resultat der Zusammenarbeit im Technologietransfer mit ProNaro außerhalb des Standortes Bremen zusätzliche 5 neue Arbeitsplätze geschaffen und 34 Arbeitsplätze gesichert (davon 10 Arbeitsplätze für Frauen). Die im Stammwerk Bremen als Projektfolge entstandenen neuen Arbeitsplätze sind in der Tabelle enthalten.

len. Diese Überlegungen müssen bei der Interpretation von Arbeitsplatzzahlen berücksichtigt werden.

Umweltschutz

Umweltschutz ist nicht nur als Querschnittsziel im Bremer Ziel-2-Programm verankert sondern auch als strukturpolitisches Ziel. Im Schwerpunkt 3 (Umweltschutz und Flächenwiederherstellung) trägt die Maßnahme 3.1 durch die Förderung anwendungsnaher Umwelttechniken (PFAU) gezielt zu positiven Umweltwirkungen bei. Ziel ist neben direkten positiven Umwelteffekten der Aufbau, Erhalt und Transfer des regionalen Know-hows.

In diesem Sinne sind auch die 4 umweltorientierten Transfer- und Beratungseinrichtungen aufgestellt, die eine Förderung unter der Maßnahme „Infrastruktureinrichtungen im Umweltbereich“ (Maßnahme 3.2) erhalten.

Mittlerweile sind Projekte zur Wiederherstellung von Brachflächen (Maßnahme 3.3) entweder in der Umsetzung oder bereits abgeschlossen.

Wirkungen dieser Maßnahmen und Projekte sind - soweit bereits darstellbar - in den entsprechenden Kapiteln dargestellt.

KMU-Ausrichtung

Das Bremer Ziel-2-Programm weist in Ansatz und Konzeption eine starke KMU - Orientierung auf. Die ersten beiden Schwerpunkte „Diversifizierung der Wirtschaftsstruktur“ und „Stärkung des Dienstleistungssektors“ untermauern direkt die KMU-Ausrichtung.

Die Ausrichtung der Intervention auf KMU ist ebenfalls durch die Umsetzung der Maßnahme 3.1 (PFAU) sichergestellt.

Aber auch andere Maßnahmen und Projekte kommen oft indirekt überwiegend KMU zugute: Bei den Infrastrukturprojekten im Umweltbereich (Maßnahme 3.2) sind KMU die Zielgruppe der Transfer- und Beratungstätigkeiten. Auf wiederhergestellten Flächen (Maßnahme 3.3) werden geeignete Standorte für KMU geschaffen.

Angaben zum bisher Erreichten und zu den Wirkungen finden sich bereits in den entsprechenden Kapiteln.

Technologie-Ausrichtung

Die technologie- und innovationsorientierten Maßnahmen und Projekte sind weitgehend angelaufen. Wesentliche Technologie-Infrastrukturprojekte sind in der Förde-

rung, ebenso wie Projekte, die dem Technologietransfer dienen (in den Maßnahmen 2.2 und 3.2).

Zusätzlich generieren innovative Vorhaben der Maßnahmen 3.1 und 3.2 einen wesentlichen Beitrag zur Technologie-Ausrichtung. Die geförderten Projekte der Maßnahme 3.1 („PFAU“) beinhalten Neuerungen auf dem Gebiet der Umwelttechnik. Die Maßnahme 3.2 (Infrastrukturprojekte im Umweltbereich) umfasst Vorhaben, die sowohl dem Transfer als auch der Entwicklung von (technologischem) Know-how dienen. Die derzeit in der Umsetzung befindlichen 8 Verbundprojekte („Arbeit und Technik“) innerhalb der Maßnahme 2.2 sind ebenfalls ausgeprägt technologieorientiert.

C. Stand der Finanziellen Abwicklung

Bei der finanziellen Abwicklung des Bremer Ziel-2-Programms ist insbesondere die Einhaltung der n+2-Regel⁶ zu beachten. Um diese einzuhalten und einen Mittelverfall zu vermeiden, müssen die in der folgenden Tabelle dargestellten Beträge jeweils bis Jahresende bei der Kommission abgefordert werden.

Aufgrund der späten Genehmigung des Ziel-2-Programms durch die Kommission wurde vereinbart, die Jahrestranche für das Jahr 2000 mit auf das Jahr 2001 zu übertragen. Der bereits von der Kommission erhaltene Vorschuss wird von der ersten Jahrestranche abgezogen. Erstmals griff die n+2-Regel im Jahr 2003.

Übersicht zur n+2-Regel (ohne Leistungsgebundene Reserve)

Jahrestranche	Betrag in €	Fälligkeit zum Jahresende
2000 + 2001 abzügl. Vorschuss (7% von Gesamt)	15.882.000 + 16.210.000 – 7.912.380 = 24.179.620	2003
2002	16.466.000	2004
2003	16.831.000	2005
2004	15.553.000	2006
2005	15.882.000	2007
2006	16.210.000	2008

Bis Ende 2003 wurden rund 33,6 Mio. € per Zahlungsantrag bei der Europäischen Kommission abgefordert. Die n+2-Regel konnte für die erste Tranche damit erfüllt werden.

⁶ Die "n+2-Regel" basiert auf Artikel 31 II der Verordnung (EG) Nr. 1260/1999 und besagt, dass die Mittel, für die bis zum Ablauf des zweiten Jahres nach dem Jahr der Mittelbindung kein zulässiger Auszahlungsantrag bei der Kommission eingegangen ist, freigegeben werden und die Beteiligung des Fonds an der Intervention (d.h. hier dem Ziel-2-Programm) automatisch gekürzt wird.

C.1 Finanzielle Abwicklung mit besonderer Bezugnahme auf die vereinbarten finanziellen Indikatoren und ihre Umsetzung

Über den Stand der finanziellen Abwicklung des Ziel-2-Programms informieren die Tabellen im Anhang. Vom gesamten Mittelvolumen in Höhe von 226.068.000 € sind bis zum 31.12.2003 **114.677.7162 € (50,73 %)** gebunden und **71.606.865 € (31,67 %)** ausgezahlt worden.

Mittelbindung und Auszahlung im Ziel-2-Programm über die Jahre

Jahr	Mittelbindung in € (EFRE + nat. Kofinz.)	Anteil an gesamt in %	Auszahlung in € (EFRE + nat. Kofinz.)	Anteil an gesamt in %
2000	42.707.536	18,89	1.377.770	0,61
2001	25.499.995	11,28	10.765.974	4,76
2002	23.003.746	10,18	37.941.151	16,78
2003	23.466.439	10,38	21.521.970	9,52
gesamt	114.677.716	50,73	71.606.865	31,67

(Stand Tabelle: 30.04.2004)

C.2 Übersicht über die von der Zahlstelle tatsächlich bescheinigten Ausgaben und die von der KOM empfangenen Zahlungen nach Maßnahmen

Nachfolgend eine tabellarische Übersicht über die von der Kommission erhaltenen Mittel:

Anlass	abgefordert	erhalten	Eingang
Vorschuss in Höhe von 7%	7.912.380,00	7.912.380,00	Juni 2001
1. Zahlungsantrag vom 09.07.2002	7.484.615,86	7.484.615,80	September 2002
2. Zahlungsantrag vom 24.10.2002	5.058.881,66	5.058.881,75	Januar 2003
3. Zahlungsantrag vom 18.06.2003	13.143.499,15	13.143.499,09	August 2003
Summe	33.599.376,67	33.599.376,64	

C.3 Vergleich der Vorausschätzungen der Zahlungsanträge mit dem tatsächlichen Mittelabfluss

Für das Jahr 2003 wurde im Jahr 2002 ein Betrag von 28.000.000 € geschätzt (davon 50 % oder 14.000.000 aus dem EFRE). Tatsächlich wurden bei der Kommission 13.143.499 € in einem Zahlungsantrag abgefordert. Damit wurde nahezu der Schätzwert erreicht. Von der Kommission wurde der volle Betrag erstattet – abgesehen von einer geringen rundungsrelevanten Abweichung im Cent-Bereich.

D. Abwicklung und Begleitung des Programms, Sicherung der Qualität und Effizienz

D.1 Beschreibung des Begleitsystems, der Bewertung und Finanzkontrolle einschl. der Vorkehrungen für die Datenerfassung (kurzer Sachstandsbericht einschl. Angaben zur Partnerschaft sowie zur Tätigkeit des Begleitausschusses)

Begleitung

Die Begleitung des Bremer Ziel-2-Programms erfolgt zum einen über den **Regionalen Begleitausschuss**, der sich am 17. Mai 2001 offiziell konstituiert hat. Der Senator für Wirtschaft und Häfen führt als Verwaltungsbehörde den Vorsitz dieses Gremiums. Weitere stimmberechtigte Mitglieder sind die an der Finanzierung des Programmes beteiligten Stellen, der Senator für Arbeit sowie der Senator für Bau und Umwelt. Beratende Mitglieder sind die Europäische Kommission und das Bundesministerium für Wirtschaft. Darüber hinaus sind die Wirtschafts- und Sozialpartner, darunter ein unabhängiger Umweltverband und der Bremer Frauenausschuss, an der Arbeit des Regionalen Begleitausschusses beteiligt. Bereits während der Programmplanungsphase (seit Mai 1999) ist das Gremium noch vor der offiziellen Konstituierung mehrfach in dieser Zusammensetzung zusammengekommen. Im Jahr 2003 kam der Begleitausschuss zu zwei Sitzungen zusammen. In der Sitzung vom 04.06.2003 wurde der Jährliche Durchführungsbericht 2002 sowie die Halbzeitevaluierung behandelt. Die Halbzeitbewertung war auch Thema auf der Sitzung am 24.09.2003. Mit der Einladung zur Juni-Sitzung wurde dem Begleitausschuss erstmals ein Newsletter übermittelt, der über die Umsetzung verschiedener EU-Programme und Gemeinschaftsinitiativen informiert.

Zum anderen wurde ein **Begleitsystem** von materiellen und finanziellen Indikatoren erstellt, um über die Fortschritte und Wirkungen informieren und diese bewerten zu können. Dieses Begleitsystem wird in überarbeiteter Form Bestandteil der neuen Datenbank EFRE Plan sein.

Folgende Indikatoren werden unterschieden:

- Kontextindikatoren bilden die sozio-ökonomische Entwicklung der Förderregionen ab. Sie sind regionalwirtschaftliche Indikatoren, die Informationen über die

strukturelle Entwicklung der Förderregion im Zeitraum der Umsetzung des Programms liefern sollen (z.B. Wirtschaftsdaten, Arbeitsmarktdaten).

- Hauptindikatoren bilden den Programmfortschritt ab. Sie informieren über den finanziellen Durchführungsstand und die Anzahl der Förderfälle auf Schwerpunktebene.
- Maßnahmeindikatoren bilden den Fortschritt einzelner Maßnahmen ab. Es gibt Output-, Ergebnis- und Wirkungsindikatoren. Die Outputindikatoren informieren u.a. über die Anzahl der Förderfälle. Die Ergebnisindikatoren geben Aufschluss über die unmittelbaren Wirkungen, die Wirkungsindikatoren beziehen sich auf die Wirkungen einer Maßnahme, die über das unmittelbare Ergebnis hinausgehen.

Bewertung

Ex-ante-Evaluierung

Das bremische Ziel-2-Programm 2000 – 2006 wurde parallel zur Programmerstellung von einem externen, unabhängigen Gutachter einer Ex-ante-Evaluierung unterzogen.

Halbzeitbewertung

Die Halbzeitbewertung des bremischen Ziel-2-Programms wurde am 28. Oktober 2003 fristgerecht über das Bundesministerium für Finanzen bei der Europäischen Kommission eingereicht. Durchgeführt wurde die Halbzeitbewertung von der Prognos AG und der Zenit GmbH. Beanstandungen der Europäischen Kommission hat es nicht gegeben. Die Ergebnisse der Halbzeitbewertung waren Grundlage für den gestellten Änderungsantrag und für die Zuweisung der Leistungsgebundenen Reserve. Die zentralen Ergebnisse der Halbzeitbewertung wurden für die Deputation für Wirtschaft und Häfen im Rahmen einer Vorlage aufbereitet.

Einzusehen ist die Halbzeitbewertung auf der Web-Site www.efre-bremen.de.

Finanzkontrolle

Hier sei auf die Mitteilung nach Artikel 5 der Verordnung (EG) Nr. 438/2001 verwiesen. Das darin beschriebene System wurde im Jahr 2001 eingerichtet und ist funktionsfähig.

Die Beschreibung der Verwaltungs- und Kontrollsysteme für das bremische Ziel-2-Programm wurde vom Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie mit Schreiben vom 12.06.2001 an die Kommission übermittelt. Der bremische Leitfaden zum Ziel-2-Programm wurde in Ergänzung hierzu am 27.09.2001 an die Kommission geschickt.

Die Kommission hat darauf hin mit Schreiben vom 29.11.2002 zusätzliche Informationen erbeten.

Mit Schreiben vom 22.04.2003 teilte die Kommission mit, dass die überprüften Darstellungen der Verwaltungs- und Kontrollsysteme in hinreichendem Umfang die Gewähr bieten, dass die Systeme den von den Verordnungen (EG) 1260/1999 und 438/2001 gestellten Anforderungen entsprechen. Gleichzeitig stellte die Kommission diese Aussage aber unter den Vorbehalt, dass hierzu diverse Maßnahmen getroffen worden sein müssen und erbat entsprechende Auskünfte. Die Verwaltungsbehörde beantwortete die Fragen mit Schreiben vom 08.05.2003 über das BMWA.

Mit Schreiben vom 05.01.2004 teilte die Kommission schließlich für alle deutschen Ziel-1- und Ziel-2-Programme mit, dass die Prüfung der Informationen zu den Verwaltungs- und Kontrollsystemen abgeschlossen sei und es keinen Anlass für weitere Bemerkungen gebe.

Damit ist das Verfahren der Überprüfung der Verwaltungs- und Kontrollsysteme vorerst abgeschlossen. Die Kommission hat jedoch explizit darauf hingewiesen, dass es sich allein um eine Prüfung der übermittelten Unterlagen handelte und dass keinerlei Stellungnahme zur Wirksamkeit der Systeme in der Praxis abgegeben werden könne. Die Kommission behält sich entsprechend die Durchführung von Vor-Ort-Kontrollen vor.

Die Unabhängige Stelle hat im Jahr 2003 ihre Prüftätigkeit aufgenommen. Einzelheiten hierzu können dem jährlichen Kontrollbericht der Unabhängigen Stelle entnommen werden.

Auch die Zahlstelle hat – wie bereits im Jahr 2002 – im Vorfeld des Zahlungsantrags umfangreiche Prüfungen durchgeführt, um die Korrektheit der getätigten Ausgaben bestätigen zu können.

Vom Landesrechnungshof wurde eine Prüfung des Landesinvestitionsförderprogramms (LIP) durchgeführt. Das LIP bildet neben den Regelungen der Gemeinschaftsaufgabe zur Verbesserung der Wirtschaftsstruktur (GA) die Grundlage für die Umsetzung der Maßnahme 1.1 „Finanzierungshilfen für KMU“. Die Ergebnisse der Prüfung wurden im Jahresbericht des Landesrechnungshofes für das Jahr 2003 veröffentlicht.

Datenerfassung

Die zunächst als Übergangslösung programmierte Datenbank EFRE Plan wurde im Jahr 2003 zu einer vollwertigen und eigenständigen Datenbank erweitert. Bremen war eines der ersten deutschen Länder, das flatfiles an die Kommission senden

konnte. Der EFRE Plan wird auch in Hamburg eingesetzt. Berlin hat den EFRE Plan ebenfalls übernommen.

Der EFRE Plan ist bei folgenden Stellen installiert: Verwaltungsbehörde, Unabhängige Stelle, Zahlstelle, Haushalt und bei einem Fachreferat. Sämtliche Nutzer haben die Leserechte für alle Bereiche, dazu gehört auch die Erstellung und der Ausdruck von Berichten. Schreibrechte haben nur die fachlich zuständigen Stellen (s.o.). Jeder Nutzer kann somit auf alle Informationen der gesamten Datenbank zurückgreifen und jeden Bereich einsehen.

D.2 Probleme und Lösungen bei der Begleitung und Verwaltung der Intervention

Etwaige Probleme haben sich bisher bei der Begleitung und Verwaltung des Bremer Ziel-2-Programms 2000 – 2006 nicht gezeigt.

Zu den Bereichen, die immer wieder zu Fragen in der Umsetzung führen, gehört das Thema der sogenannten Einnahmen schaffenden Investitionen. In der Frage der Behandlung von Einnahmen bieten die einschlägigen Verordnungen nur eine grobe Orientierung. Die Kommission hatte daher im Juni 2002 einen sogenannten "Orientierungsvermerk zur Festlegung des Beteiligungssatzes bei Einnahmen schaffenden Investitionen im Rahmen der Strukturfonds" erstellt. Aber auch dieser enthielt eher generelle und nur wenige konkrete Umsetzungshinweise und ließ damit viele Fragen offen. Die Verwaltungsbehörde für das Ziel-2-Programm Bremen hatte darauf hin ausgehend von dem Orientierungsvermerk eine Handlungsanleitung zur Behandlung von Einnahmen ausgearbeitet. Die Handlungsanleitung wurde vom BMWA Mitte Januar 2003 an die Kommission übermittelt verbunden mit der Frage, ob hiermit die Anforderungen der Verordnungen erfüllt seien (siehe hierzu auch den Jahresbericht 2002). Die Kommission hat diese Anfrage mit Schreiben vom 05.08.2003 beantwortet und darin die Korrektheit des bremischen Ansatzes bestätigt. Entsprechend wird das vorgeschlagene Verfahren auch für die weitere Abwicklung des Programms angewendet werden.

D.3 Unregelmäßigkeiten

Im Berichtsjahr gab es drei Unregelmäßigkeitsmeldungen, davon waren zwei Folgemeldungen. Es handelt sich um eine Firmenauflösung und zwei Insolvenzfälle. Alle Unregelmäßigkeiten betreffen die Maßnahme 1.1.

D.4 Inanspruchnahme der Technischen Hilfe

Im Jahr 2003 sind Mittel aus der Technischen Hilfe in Anspruch vor allem für Publizitätsmaßnahmen in Anspruch genommen worden. Zu den Publizitätsmaßnahmen im Einzelnen siehe D.7. Darüber hinaus wurden auch Personalkosten aus der Technischen Hilfe gezahlt, die aus der Umsetzung des Programms resultieren (Unabhängige Stelle, Prüfaufgaben im Zusammenhang mit der Zahlstelle, Sachbearbeitung für die Abwicklung des Programms, u.a. Führung des Sekretariats für den Ziel-2-Begleitausschuss). Weitere Mittel der Technischen Hilfe wurden für Erfahrungsaustausch, die Programmierung der Datenbank EFRE Plan sowie die Halbzeitevaluierung des Ziel-2-Programms verwendet.

D.5 Programmanpassungen

Die Stellung des Änderungsantrages zusammen mit der leistungsgebundenen Reserve erfolgte am 10.11.2003. Neben der Aufnahme einer FuE-Richtlinie (s. auch E.) sollten nach der Beschlussfassung im Regionalen Begleitausschuss die Mittel der leistungsgebundenen Reserve auf die Schwerpunkte 3 und 4 (Maßnahmen 3.1, 3.2 und 4.3) verteilt werden. Außerdem wurde eine Mittelumschichtung zwischen den Maßnahmen des Schwerpunktes 2 beschlossen.

Nachfolgend eine Übersicht über alle programmrelevanten Entscheidungen:

Entscheidung Nr.	vom	Inhalt
K (2001) 774	22.03.2001	Genehmigung des Programms
K (2002) 1656	19.06.2002	Aufnahme einer weiteren Beihilferegelung zur Durchführung des Raumfahrtprojektes PHOENIX

D.6 Indikatoren zur Zuweisung der leistungsgebundenen Reserve

Eine Weiterführung der Indikatoren zur leistungsgebundenen Reserve erfolgt nicht mehr, da diese Indikatoren ausschließlich Teil des Verfahrens zur Zuweisung der Reservemittel waren. Die Zuteilung der Reservemittel für Bremen hat die Europäische Kommission mittlerweile positiv beschieden.⁷

D.7 Beschreibung der Maßnahmen zur Gewährleistung der Information und Publizität

Entsprechend der Verordnung (EG) Nr. 1260/1999 wurde mit der Ergänzung zur Programmplanung ein Kommunikationsaktionsplan vorgelegt, in dem Ziele, die Zielgruppen sowie die konkreten Maßnahmen zur Information und Öffentlichkeitsarbeit beschrieben wurden.

⁷ Amtsblatt Nr. L 111 vom 17/04/2004; 2004/344/EG: Entscheidung der Kommission vom 23. März 2004 über die Aufteilung der leistungsgebundenen Reserve für die gemeinschaftlichen Strukturfondsinterventionen im Rahmen der Ziele 1, 2 und 3 sowie des Finanzinstruments für die Ausrichtung der Fischerei außerhalb der Ziel-1-Regionen auf die Mitgliedstaaten (bekanntgegeben unter Aktenzeichen K(2004) 883).

Für das Jahr 2003 sind insbesondere folgende Maßnahmen des Kommunikationsplans zu nennen:

- Seit Januar 2002 wurde das Projekt des Monats veröffentlicht. Im Jahr 2003 wurde jeden Monat eine kurze Beschreibung eines EFRE-geförderten Projektes der Periode 2000 - 2006 mit Bild und weiteren Kontaktpartnern an den Regionalen Begleitausschuss, an die Europäische Kommission, an Bundeswirtschafts- und Bundesfinanzministerium, Bremer Einrichtungen und sonstige Interessierte gemailt. Das Projekt des Monats wurde ebenfalls auf der Website veröffentlicht und erschien in den "EU-Informationen", einer Publikation des Bevollmächtigten der Freien Hansestadt Bremen beim Bund, für Europa und Entwicklungszusammenarbeit. Das Projekt des Monats erschien im Dezember 2003 zum letzten Mal. Die vorgestellten Projekte sowie zusätzliche Projekte sind im Januar 2004 in einer Broschüre⁸ veröffentlicht worden.
- Die Website www.europa-bremen.de/efre⁹ wurde kontinuierlich mit Inhalten gefüllt und enthält sämtliche gedruckten Dokumente als pdf-Datei. Im Jahr 2003 wurden über 350.000 Zugriffe auf die Website registriert. Interessanterweise sind die Zugriffe auf die englischen Seiten (über 316.000) deutlich höher als auf die deutschen Seiten (über 45.000).
- Erstellung eines Newsletters für den Regionalen Begleitausschuss mit Informationen über den Umsetzungsstand des Ziel-2-Programms sowie weiterer EU-Förderprogramme im Land Bremen.

Fortgesetzt im Jahr 2003 wurde die Information der zwischengeschalteten Stellen. Hier ist insbesondere zu nennen:

- Informationsveranstaltung zum Thema Auszahlungen am 02.04.2003 mit über 30 Teilnehmern.

Darüber hinaus sind noch zu verzeichnen:

- Schriftliche Kurzinformationen für die allgemeine Öffentlichkeit (Kurzversion des Ziel-2-Programms, Broschüren, Faltblätter) über die EU-Programme und EU-geförderte Projekte;
- Beantwortung individueller Anfragen von Bürgern, interessierten Stellen und dem Bremischen Landesparlament bzw. seiner Ausschüsse;

⁸ "EU-Projekte in Bremen und Bremerhaven – gefördert aus dem Europäischen Fonds für regionale Entwicklung", Senator für Wirtschaft und Häfen, Bremen 2004.

⁹ Ab Mai 2004 gibt es eine neue Website-Adresse: www.efre-bremen.de

- Pressemitteilungen zu laufenden EU-geförderten Projekten und zu besonderen Anlässen sowie nach Abschluss der Halbzeitbewertung des Ziel-2-Programms;
- Seminar über die „Ausgestaltung der EU-Strukturfonds und ihre Umsetzung in Bremen“ in Zusammenarbeit mit der Europaabteilung des Bevollmächtigten der Freien Hansestadt Bremen beim Bund, für Europa und Entwicklungszusammenarbeit für MitarbeiterInnen der bremischen Verwaltung;
- Europafest in Bremerhaven-Lehe am 10.05.2003;
- Offizielle Freigabe des Konrad-Adenauer-Platzes durch Bürgermeister Perschau im Rahmen des Geestemünder Herbstfestes am 27.09.2003.

E. Beschreibung der Maßnahmen zur Gewährleistung der Einhaltung der anderen Gemeinschaftspolitiken einschl. Angaben zum integrierten Einsatz der Fonds

Bei der Anlage der EU-Programme wie auch der Landesprogramme insgesamt wird den Grundsätzen der Komplementarität (zu anderen EU-Strukturfonds bzw. Zielprogrammen, Initiativen und Aktionsprogrammen sowie den Interventionen der EIB) und der Beachtung gemeinschaftlicher Politiken (vor allem in den Bereichen Wettbewerb, Umweltschutz, Beschäftigung und Chancengleichheit) Rechnung getragen.

Gegenstand wettbewerbsrechtlicher Genehmigungsverfahren für staatliche Beihilfen im Rahmen des Ziel-2-Programmes waren der 28. Rahmenplan und das Fördergebiet der Gemeinschaftsaufgabe zur Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur (GA) (Nr. C 47/99 vom 12.04.2000 und Nr. 209/99 vom 02.08.2000), das Landesinvestitionsförderprogramm (LIP; N 543/99 vom 05.05.2000), das Landesprogramm „Arbeit und Technik“ (N 132/2000 vom 16.11.2000), die Genehmigung der Kompetenzzentren/Berufsbegleitende Qualifizierungen/Know-How-Transfer (N 133/2000) und das Programm zur Förderung angewandter Umwelttechnologien (PFAU; N 542/99 vom 20.03.2000).

Für den Anfang 2002 gestellten Änderungsantrag ist die am 09.04.2002 entschiedene Beihilfe N 709/01 relevant, die Beihilfen für Unternehmen im Bereich der FuE-Förderung im Rahmen des deutschen Raumfahrtprogramms regelt.

Mit dem Antrag zur Einstellung der leistungsgebundenen Reserve wurde die Aufnahme der Richtlinie zum Bremischen Landesprogramm "Förderung der Forschung

und Entwicklung in betrieblichen Innovationsprojekten (FuE-Innovationsprogramm)" für die Maßnahmen 2.1 und 2.2 des Ziel-2-Programms beantragt. Die FuE-Richtlinie hat die Nummer N 705/2001 und wurde am 21.01.2002 entschieden.

Bei der Durchführung des Programms wird dem Aspekt des **Umweltschutzes** umfassend Rechnung getragen. Der Umweltschutzgedanke wird als Querschnittsziel in allen Programmteilen verankert und darüber hinaus als Zwischenziel „Förderung des Umweltschutzes und des Aspekts der Nachhaltigkeit“ besonders hervorgehoben. Der schonende Umgang mit Ressourcen findet seinen Ausdruck vor allem in der Tatsache, dass im Rahmen des Programms ausschließlich vorhandene Brachflächen für Unternehmensansiedlungen hergerichtet und erschlossen werden. Gezielt sollen vor allem KMU bei der Implementierung neuer Umwelttechniken über das Landesprogramm PFAU unterstützt werden. Für die Auswahl der Projekte des Programms werden übergreifende Kriterien definiert, die den Aspekten des Umweltschutzes und der Nachhaltigkeit in geeigneter Weise Rechnung tragen.

Die Aspekte **Beschäftigung und Chancengleichheit** spielen vorrangig im Bereich des Europäischen Sozialfonds eine Rolle und wirken über die wechselseitige Flankierung auch auf die Ziel-2-Förderung, spiegeln sich vom Ansatz her aber auch in einigen EFRE-geförderten Maßnahmen wieder, insbesondere dem „Kohärenzfonds“.

Der Förderung der Chancengleichheit kommt bei der Durchführung des Programms besonderer Stellenwert zu, in dem der Ansatz des „gender-mainstreaming“ als Querschnittsziel in der Strategie verankert wurde und damit im Prinzip für alle Maßnahmen Anwendung findet. Bei der Auswahl der Operationen sind geeignete Kriterien definiert worden, die dem Chancengleichheitsaspekt Rechnung tragen. Für das Monitoring und die Evaluierung werden gesonderte Indikatoren bestimmt, die die Effekte der Förderung nachweisen, vor allem in Hinblick auf die Schaffung von Arbeitsplätzen für Frauen. Nach einer ex ante Einschätzung sind insgesamt positive Effekte für die Gleichstellung von Frauen und Männern durch das Programm zu erwarten, insbesondere durch die Förderung des Dienstleistungssektors in der Region. Im Zuge der Programmumsetzung hat sich jedoch gezeigt, dass bislang nicht in allen Bereichen die ex ante angestrebten Effekte, insbesondere bei der Schaffung und Sicherung von Frauenarbeitsplätzen, erreicht wurden. Eine Verbesserung der Zielerreichung dieses Querschnittsziels für die Restlaufzeit wird angestrebt.

F. Stand der Durchführung und der finanziellen Abwicklung von Großprojekten

Im Rahmen des Bremer Ziel-2-Programms 2000 – 2006 werden keine Großprojekte umgesetzt.

Anlage 1

Finanztabelle für den jährlichen Durchführungsbericht / den Schlußbericht, aufgeschlüsselt nach Schwerpunkten und MaßnahmenReferenznummer der Kommission für das entsprechende OP bzw. EPPD: 2000 DE 16 2 DO 009

Titel: Ziel-2-Programm Land Bremen (2000 - 2006)

Jahr: 2003

(in Euro)

Schwerpunkte/Maßnahme	Ingesamt	Ingesamt getätigte zuschußfähige und bescheinigte Ausgaben	% der zuschuß- fähigen Kosten	Sonstige	Interventions- bereich
Divers. d. Wirtschaftsstruktur	19.628.102,00	1.551.303,13	7,90		
KMU	16.975.635,00	1.441.882,86	8,49		161(100%)
Innov. Existenzgründungen	2.652.467,00	109.420,27	4,13		163(100%)
Stärkung des Dienstleistungssektors	128.457.976,00	13.507.526,30	10,52		
Informationsgesellschaft	32.762.654,00	33.279,00	0,10		322(100%)
Technologie	43.097.246,00	5.232.030,46	12,14		182(100%)
Fremdenverkehr	31.908.930,00	5.185.602,38	16,25		171(100%)
Neue DL/Kohärenz	20.689.146,00	3.056.614,46	14,77		163(100%)
Umwelt/Flächen	56.231.862,00	4.303.868,00	7,65		
PFAU	8.487.890,00	1.465.035,94	17,26		162(100%)
Infrastrukturprojekte	5.304.886,00	627.788,29	11,83		163(100%)
Flächen	42.439.086,00	2.211.043,77	5,21		351(100%)
Städtische Problemgebiete	16.975.656,00	1.838.372,72	10,83		
Wirtschaftliche Aktivitäten	10.117.676,00	180.086,57	1,78		352(100%)
Quartiersentwicklung	2.614.050,00	0,00	0,00		36(100%)
Belebung zentraler Plätze	4.243.930,00	1.658.286,15	39,07		352(100%)
Technische Hilfe	4.774.404,00	320.899,84	6,72		
Techn. Unterst., Evaluierung	2.652.450,00	320.899,84	12,10		411(50%), 412(35%), 415(15%)
Studien	2.121.954,00	0,00	0,00		413(50%), 414(50%)
Insgesamt					
EFRE insgesamt	226.068.000,00	21.521.969,99	9,52		
ESF insgesamt					
EAGFL insgesamt					
FIAF insgesamt					

Anlage 2

Programm des Landes Bremen, 2000 - 2006

Finanzielle Abwicklung des Programms Ziel 2 (2000 - 2006)

Mittelbindung und Zahlungen in €

Schwerpunkte/Maßnahme	genehmigter Betrag in € für das gesamte Programm	Zeitraum von: 1.1.2003 bis: 31.12.2003				Zeitraum vom Programmbeginn bis: 31.12.2003 kumuliert			
		Mittelbindungen		Zahlungen		Mittelbindungen		Zahlungen	
		per Meldebogen	Anteil an gesamt	geleistet	Anteil an gesamt	per Meldebogen	Anteil an gesamt	geleistet	Anteil an gesamt
		in €	in %	in €	in %	in €	in %	in €	in %
Divers. d. Wirtschaftsstruktur	19.628.102,00	1.366.549,00	6,96	1.551.303,13	7,90	11.282.513,84	57,48	6.654.686,62	33,90
KMU	16.975.635,00	1.366.549,00	8,05	1.441.882,86	8,49	8.859.433,84	52,19	6.150.852,73	36,23
Innov. Existenzgründungen	2.652.467,00	0,00	0,00	109.420,27	4,13	2.423.080,00	91,35	503.833,89	18,99
Stärkung des Dienstleistungssektors	128.457.976,00	9.537.467,69	7,42	13.507.526,30	10,52	65.968.811,12	51,35	47.953.312,34	37,33
Informationsgesellschaft	32.762.654,00	2.223.820,00	6,79	33.279,00	0,10	2.223.820,00	6,79	33.279,00	0,10
Technologie	43.097.246,00	776.796,60	1,80	5.232.030,46	12,14	27.370.057,11	63,51	21.802.574,32	50,59
Fremdenverkehr	31.908.930,00	5.302.600,00	16,62	5.185.602,38	16,25	26.945.706,93	84,45	19.691.847,71	61,71
Neue DL/Kohärenz	20.689.146,00	1.234.251,09	5,97	3.056.614,46	14,77	9.429.227,08	45,58	6.425.611,31	31,06
Umwelt/Flächen	56.231.862,00	9.803.103,00	17,43	4.303.868,00	7,65	28.315.355,17	50,35	13.036.103,39	23,18
PFAU	8.487.890,00	4.615.303,00	54,38	1.465.035,94	17,26	7.091.902,13	83,55	2.615.740,03	30,82
Infrastrukturprojekte	5.304.886,00	2.336.800,00	44,05	627.788,29	11,83	3.520.755,04	66,37	836.022,75	15,76
Flächen	42.439.086,00	2.851.000,00	6,72	2.211.043,77	5,21	17.702.698,00	41,71	9.584.340,61	22,58
Städtische Problemgebiete	16.975.656,00	2.706.117,00	15,94	1.838.372,72	10,83	7.398.501,00	43,58	3.373.861,57	19,87
Wirtschaftliche Aktivitäten	10.117.676,00	1.385.867,00	13,70	180.086,57	1,78	1.849.867,00	18,28	180.086,57	1,78
Quartiersentwicklung	2.614.050,00	1.320.250,00	50,51	0,00	0,00	1.320.250,00	50,51	0,00	0,00
Belebung zentraler Plätze	4.243.930,00	0,00	0,00	1.658.286,15	39,07	4.228.384,00	99,63	3.193.775,00	75,26
Technische Hilfe	4.774.404,00	53.202,23	1,11	320.899,84	6,72	1.712.534,74	35,87	588.901,03	12,33
Techn. Unterst., Evaluierung	2.652.450,00	53.202,23	2,01	320.899,84	12,10	1.710.077,00	64,47	586.443,29	22,11
Studien	2.121.954,00	0,00	0,00	0,00	0,00	2.457,74	0,12	2.457,74	0,12
Gesamt	226.068.000,00	23.466.438,92	10,38	21.521.969,99	9,52	114.677.715,87	50,73	71.606.864,95	31,67